

(Beifall von der CDU)

Aus diesem Grunde sage ich Ihnen noch einmal: Wir haben im neuen Haushalt einen besonderen Schwerpunkt auf die Stärkung der finanziellen und personellen Ausstattung der Aus- und Fortbildungseinrichtungen gelegt. Auch damit werden wir die Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierten Personals für die Justiz deutlich intensivieren.

Frau Bongers, Sie teilen mit, dass eine Gewerkschaft möglicherweise anderer Meinung wäre. Das liegt aber nicht daran, dass unsere Pläne falsch sind, sondern daran, dass die Gewerkschaft ihre Interessen vernachlässigt sieht. Aber auch sie wird sich dem Wettbewerb stellen müssen, und dann werden wir schon in den nächsten Monaten merken, wie sich alles verbessert. Viele Alternativen habe ich von Ihnen jedenfalls nicht gehört. Auch das ist der deutliche Beweis dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Daher schließe ich die Aussprache und lasse über den Einzelplan 04 abstimmen.

(Michael Hübner [SPD]: Herr Vorsitzender, Sie haben gesagt, dass es in der Mittagspause keine Abstimmungen geben soll!)

– Entschuldigung! Es findet keine Abstimmung statt, weil es eine Pause gibt.

(Michael Hübner [SPD]: Wir helfen gerne als Opposition!)

– Super! Ich fühle mich gut vertreten. Die Abstimmung führen wir nach 14 Uhr durch.

(Michael Hübner [SPD]: Bei mir das immer gut aufgehoben!)

Ich darf dann aufrufen:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

a) Kinder, Familie und Jugend

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in der Drucksache 17/4407.

Wir sprechen zunächst über den Bereich Familie, Kinder und Jugendliche. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD dem Kollegen Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren, auch auf der Besuchertribüne! Jeden Euro, den wir für unsere Kinder, unsere Jugendlichen bzw. für unsere Familien einsetzen, erhält die Gesellschaft mehrfach wieder zurück. Eine bessere Zukunftsinvestition kann es überhaupt nicht geben. Blickt man jedoch in diesen Haushalt, so ist von Zukunft nicht viel zu sehen. Was Sie uns vorlegen, ist ein klassischer Übergangshaushalt ohne Mut und ohne eigene Akzente.

Sie halten die Pausentaste gedrückt. Das erkennt man insbesondere bei der Reform der Kitafinanzierung, die ein weiteres Jahr aufgeschoben wird. Diesem Verschnaufen bei der Zukunftsgestaltung unseres Landes könnte man mit sehr viel Wohlwollen noch etwas Positives abgewinnen, wenn man denn wüsste, dass danach etwas Großes, etwas Besseres kommt. Doch was das sein könnte, ist seit Regierungsantritt das bestgehütete Geheimnis des Familienministers.

Was sind Ihre Antworten auf die Herausforderungen des Fachkräftemangels? – Das gehen wir später an. Was sind Ihre Antworten auf die Problemlagen von Alleinerziehenden? – Das gehen wir später an. Was sind Ihre Antworten, um Familien finanziell zu entlasten? – Das gehen wir, wenn überhaupt, später an. – Ihre Standartausrede lautet: Unter der Vorgängerregierung wäre gar nichts passiert. Sie würden das jetzt ganz in Ruhe machen. So schnell gehe das alles nicht.

Ist das so? – Werfen wir einen Blick zurück. Unter Hannelore Kraft hatte die Regierung zu diesem Zeitpunkt bereits ein eigenes Programm für mehr Kitaplätze aufgelegt. Wir haben eine zusätzliche U3-Pauschale eingeführt und den Betreuungsschlüssel für die Kleinsten verbessert. Wir haben die Mittel für die Familienzentren erhöht und ein Programm für mehr Auszubildende in den Kitas geschaffen.

(Beifall von der SPD)

Das alles ist möglich in eineinhalb Jahren.

Da sind wir aber nicht stehengeblieben. Wir haben den Bildungsbegriff im KiBiz definiert und das unsägliche Delfin 4 abgeschafft. Wir haben plusKITAS eingeführt und die Sprachförderung verbessert. Wir haben Geld für Hauswirtschaftskräfte zur Verfügung gestellt und mit den Kommunen größere Steigerungen der Kindpauschalen verabredet. Und wir haben gezielt Familien entlastet: Das letzte Kitajahr ist beitragsfrei.

(Beifall von der SPD)

Am Ende unserer Regierungszeit war der Topf für die Kitas von 1,1 Milliarden Euro auf mehr als 2,5 Milliarden Euro angewachsen. Das bedeutet eine Steigerung der Landesgelder um mehr als 125 %. Die Leistungsbilanz der SPD-geführten Vorgängerregierung

kann man gut an diesem roten Zollstock verdeutlichen.

(Der Redner zeigt einen ausgeklappten roten Zollstock.)

Jeder Zentimeter steht für 1% Erhöhung für unsere Kitas. Man muss ihn ganz schön weit ausklappen, um auf 125 Zentimeter zu kommen.

(Beifall von der SPD)

Das ist das, was Sie „nichts“ nennen. Wie sieht demgegenüber die Leistungsbilanz von Schwarz-Gelb aus? Am Anfang der Legislaturperiode haben Sie mit großem Pomp ein Rettungspaket aufgelegt. Wenn ich das veranschaulichen will, brauche ich den Zollstock gar nicht weit aufzuklappen. Im Gegenteil – Sie haben die Landesmittel für die Kitas um gerade einmal 10 % angehoben. Dafür brauche ich nur dieses kurze Stück Zollstock.

(Zuruf von der CDU: Sehr beeindruckend!)

Diese 10 cm haben Sie uns bereits mit dem Nachtragshaushalt 2017 verkauft. Das haben Sie im Haushalt 2018 ein weiteres Mal getan – und jetzt im Haushalt 2019 ein drittes Mal. Man kann das Ganze noch so oft anpreisen: Die 10 cm werden einfach nicht mehr. Sie werden auch nicht dadurch länger, dass Sie mit großen Zahlen um sich werfen.

Durch die Verschiebung der Reform brauchen Sie jetzt ein weiteres Rettungspaket mit 450 Millionen Euro. Das klingt auf den ersten Blick wie ein kräftiger Schluck aus der Pulle, bedeutet aber in Wirklichkeit nicht einen Cent mehr für unsere Kitas im Vergleich zur heutigen Rechtslage.

Sie ersetzen ein auslaufendes rot-grünes Gesetz und ein auslaufendes schwarz-gelbes Gesetz. Sie sichern damit den Status quo: nicht weniger, aber eben auch nicht mehr.

(Beifall von der SPD)

Das lassen Sie sich auch noch kräftig mitbezahlen! Die Kommunen müssen noch mal 40 Millionen Euro drauflegen, und – ach, wie gut, dass es den Bund gibt – die Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz von Franziska Giffey planen Sie munter mit ein: eine dreistellige Millionensumme, die eigentlich Qualität verbessern sollte. Jetzt wollen Sie das Geld nehmen, um den Ist-Zustand zu erhalten und den Landesanteil zu verringern. Das sollten Sie im Sinne unserer Kinder dringend überdenken.

(Beifall von der SPD)

Schwarz-Gelb verwaltet den Status quo. Leider machen Sie dabei auch noch Fehler. Zumeist ist es die SPD, die darauf hinweisen muss.

(Lachen von Marcel Hafke [FDP])

Dann funktioniert es immer nach dem gleichen Muster: Erst wird lauthals bestritten, dass es überhaupt ein Problem gibt, dann wird die Schuld bei wem anders gesucht – am liebsten natürlich bei der Opposition –, und anschließend wird kleinlaut zurückgerudert, dann aber zumindest in die richtige Richtung, jedenfalls in den meisten Fällen.

Das fing schon bei dem Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ an. Die Förderung sollte 2017 auslaufen, aber erst als der Druck größer wurde und die SPD-Fraktion Kleine Anfragen stellte, haben Sie umgedacht. Jetzt wird die Förderung auf das gesamte Land ausgeweitet – genauso, wie die SPD es wollte.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Dass Sie nun dem Kind einen anderen Namen geben und lieber von „kommunalen Präventionsketten“ sprechen, das gestehen wir Ihnen gerne zu.

Im Frühjahr brachte die SPD mit der Sockelfinanzierung Vorschläge für ein neues Kita-Gesetz ein. Wir waren und wir sind bis heute die einzige Fraktion, die ein neues Finanzierungskonzept zur Diskussion gestellt hat. Herr Minister Stamp, Sie haben sich an dieser Stelle echauffiert und die SPD beschimpft. Im Ausschuss aber ruderten Sie zurück und sagten: Teile des SPD-Konzeptes sollten auch Eingang in ein neues Kita-Gesetz finden. Dazu können wir Sie nur beglückwünschen. Je mehr Teile des SPD-Konzeptes umgesetzt werden, umso besser für unsere Kitas.

(Beifall von der SPD)

Ein weiteres Beispiel: Durch einen völlig vermurksten Erlass hat die Landesregierung beim Thema „Übernachten in Kitas“ große Verunsicherung geschürt. Das ging so weit, dass Schlaffeste abgesagt werden mussten. Die SPD hat darauf aufmerksam gemacht. Erst haben Sie das Problem abgestritten, dann per Pressemitteilung Kriterien aufgestellt und letztlich sogar ein Gesetz geändert. Wenn es also zu positiven Veränderungen kommen soll, braucht es offensichtlich zunächst die SPD, um den Finger in die Wunde zu legen.

Das jüngste Beispiel in diesem Reigen zeigt es ganz deutlich: Die Fördertöpfe für den Kita-Ausbau stammen alle noch aus rot-grüner Zeit. Sie hatten es versäumt, sie wieder zu befüllen. Vielen Kommunen ging das Geld aus, und der notwendige Platzausbau drohte zu stoppen. Die SPD hat daraufhin mehr Mittel beantragt.

Oh, was durften wir uns daraufhin alles anhören! – Wir hätten das Problem nicht verstanden, zusätzliche Mittel brauche es nicht. Aber es dauerte nur wenige Wochen, bis uns der Minister eine Änderungsvorlage präsentierte: 94 Millionen Euro mehr für den Kita-Ausbau, zwar nicht aus Landesmitteln – zum Glück gibt es ja den Bund –, aber immerhin. Herr Minister, es war ein Fehler, dass Sie nicht von Anfang an Mittel

für den Platzausbau eingeplant haben. Ich bitte Sie darum, diesen Fehler in kommenden Haushalten nicht zu wiederholen.

Wenn dieser Haushalt wirklich Antworten auf Zukunftsfragen der Familienpolitik liefern möchte, dann werden Sie aber in noch viel mehr Bereichen zu einem Sinneswandel kommen müssen.

Wir müssen dem Fachkräftemangel jetzt begegnen. Die SPD hat mehr Anreize für Ausbildung vorgeschlagen: 5.000 Euro für Auszubildende im Anerkennungsjahr, 10.000 Euro für die Träger, wenn sie einen Auszubildenden in der PIA-Ausbildung einstellen. Das wäre eine Qualitätsverbesserung, und hier wäre das Geld aus dem Gute-KiTa-Gesetz des Bundes deutlich besser angelegt.

(Beifall von der SPD)

Ein Thema, das uns besonders am Herzen liegt: Unterstützen Sie endlich Alleinerziehende besser. Weiten Sie das Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ aus. Durch ergänzende Kinderbetreuung hätten Alleinerziehende die Chance, wieder einer Arbeit oder Ausbildung nachgehen zu können. So könnten Alleinerziehende und ihre Kinder aus der Armutsspirale entkommen. Das wäre eine ganz konkrete Zukunftsperspektive, der sich Schwarz-Gelb nicht länger verweigern sollte.

Noch ein weiterer Punkt: Bildung muss – ich sage es auch an dieser Stelle wieder – gebührenfrei sein. Bildung beginnt in der Kita. Schaffen Sie die Kitagebühren ab! Die Spielräume sind da.

(Beifall von der SPD)

Ich befürchte, dass Sie diese Einsicht und diesen Mut nicht haben werden; denn die Debatten der vergangenen Monate haben eines gezeigt: Ihr Selbstbewusstsein ist nahezu grenzenlos,....

(Marcel Hafke [FDP]: Zeigen Sie das noch einmal auf dem Zollstock an!)

...Ihre Leistungsbilanz hingegen passt zwischen zwei Finger. Es wäre für die Familien, die Kinder und die Erzieherinnen und Erzieher besser, wenn es umgekehrt wäre.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU erteile ich dem Abgeordneten Jens Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Dr. Maelzer, ob es um 10 cm, 20 cm oder vielleicht auch um mehr geht, ist doch völlig egal. Entscheidend ist, was man daraus macht.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist überhaupt nicht egal!)

Da hat die SPD in der vergangenen Legislaturperiode komplett versagt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will Ihnen das gerne noch mal vorhalten: Gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung haben Sie komplett versagt. Sie haben gerade noch einmal wiederholt, was Sie da für ein Stückwerk geliefert haben: hier noch ein Paketchen drauf, da noch eine Ergänzungsfinanzierung.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Im Gegensatz zu Ihnen! Sie liefern jetzt mal gar nichts!)

Das wollen die Trägerinnen und Träger nicht. Das bekommen Sie in Ihren Gesprächen doch auch gespiegelt.

Damit möchte ich Ihnen gerne einige Eckdaten der NRW-Koalition zum diesjährigen Haushalt mitteilen, und zwar zu einem Haushalt, der von der Absicht geprägt ist, bestmögliche Entwicklungsmöglichkeiten für Familien, Kinder und Jugendliche in unserem Land zu eröffnen.

Es ist doch so: Wir haben 2017 bei der Übernahme der Regierung eine erbärmliche Situation bei der Kinderbetreuung vorgefunden. Deswegen war das Trägerrettungspaket – Sie haben es schon erwähnt – in Höhe von einer halben Milliarde Euro als Soforthilfe absolut notwendig, damit die Träger die Kinderbetreuung nicht in die kommunale Verantwortung zurückgeben mussten. Das war eine erste wichtige Sofortmaßnahme.

(Beifall von der CDU)

Direkt danach, für das Kindergartenjahr 2019/2020, brauchen wir eine nahtlose Übergangsregelung, um eine Brücke zum neuen KiBiz zu bauen. Der entsprechende Gesetzentwurf befindet sich, wie Sie wissen, in der Beratung. Mit einem Gesamtvolumen von gut 450 Millionen Euro für die Kitaträger werden wir Planungssicherheit schaffen. Die Dynamisierung der Kindpauschalen ist für ein weiteres Jahr mit 3 % vorgesehen.

Mit den geschilderten Sofortmaßnahmen geben wir uns aber noch lange nicht zufrieden. Perspektivisch müssen wir nämlich strukturelle Änderungen hin zu einer auskömmlichen, dauerhaft tragfähigen Kitafinanzierung vornehmen. Die Landesregierung arbeitet gemeinsam mit den Trägern und den kommunalen Spitzenverbänden an einer umfassenden Reform des Kinderbildungsgesetzes. Unsere Erfolgsformel dabei: Wir wollen eine verbesserte Auskömmlichkeit und damit ein Mehr an frühkindlicher Bildung, Qualität und Flexibilität.

Nachdem die Träger jetzt sehen, dass sich etwas tut,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Was tut sich denn?)

dass ein Kitabetrieb wieder kostendeckend möglich ist, treiben wir natürlich auch den dringend benötigten Platzausbau konsequent voran. Das tun wir, indem wir im Jahr 2019 die Investitionen in Kindertageseinrichtungen und in die Tagespflege zusätzlich mit 94 Millionen Euro für den weiteren Platzausbau fördern. Zusätzlich erlaubt es ein Haushaltsvermerk, nicht abgerufene Gelder aus dem Bereich Kinder und Jugend für Investitionen in Anspruch zu nehmen.

Noch ein Hinweis, was die Stärkung unserer Familien angeht: Auch im Haushaltsjahr 2019 werden wir unser Erfolgsmodell der Familienzentren weiter vorantreiben und daher weitere 150 Kontingente zum Ausbau zur Verfügung stellen. Das ist eine sehr gute Nachricht für die Familien in unserem Land und ein echtes Erfolgsmodell der NRW-Koalition.

Die Bildungschancen für alle Kinder in unserem Land zu verbessern, heißt aber auch, Kinder und Familien mit Fluchthintergrund fest in den Blick zu nehmen. Das tun wir, und zwar indem wir sogenannte Brückenprojekte fördern und das pädagogische Personal in der Kinderbetreuung bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen unterstützen.

Neben der frühkindlichen Bildung legt die Landesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf Punkt 2, die Jugendpolitik. Unser zentrales Förderinstrument ist der Kinder- und Jugendförderplan. Wir stellen fest, dass Bildung an außerschulischen Lernorten zum Beispiel für das Erlernen sozialer Kompetenzen stetig an Bedeutung gewinnt.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wurden die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan um rund 11 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2018 erhöht. Um die Leistungsfähigkeit auch in Zukunft auf einem guten Niveau zu halten, werden wir die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans erstmalig ab 2019 dynamisch anwachsen lassen.

Zwei Sätze auch zum Thema „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. Wir werden im Jahr 2019 noch für Kosten aufkommen, die bereits in früheren Jahren von Jugendämtern geltend gemacht worden sind. Im Jahr 2019 scheint es aber zu gelingen, die Rückstände in der Kostenerstattung final abzubauen. Auch das ist eine gute Botschaft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir werden aber in diesem Bereich nicht nachlassen. Bei der Integration junger Geflüchteter leisten Jugendhilfe und Jugendarbeit wichtige Beiträge, was wir auch 2019 weiter unterstützen werden.

Punkt 3: Familien. Der Kern der Aufgabe von Familienpolitik ist es, Familien in ihren unterschiedlichen Facetten und Formen bei ihrer Lebensgestaltung von Anfang an zu unterstützen und zu stärken. Frühzei-

tige Hilfen wie Familienkurse, Begleitung und Beratung sind dabei zentral. Deshalb werden wir auch im Haushaltsjahr 2019 weiterhin diese Angebote fördern und kommunale Hilfesysteme vernetzen.

Ein besonderer Aspekt unserer Familienpolitik liegt dabei auf der finanziellen Absicherung der präventiven familienbezogenen Beratungsinfrastruktur. Was bedeutet das? Die Fraktionen von CDU und FDP haben an zwei Haushaltsänderungsanträgen zur Familie gearbeitet, sie eingebracht und fördern damit zwei zentrale Anlaufstellen, die Familien konkret unterstützen.

Erstens. 290.000 Euro mehr werden die Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen erhalten. Sie leisten eine unverzichtbare Hilfe für Familien in Krisensituationen. Der Beratungsbedarf ist enorm und übersteigt bei Weitem das Angebot. Da ist es eine sinnvolle Investition, die Menschen in echter Not hilft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweitens. 40.000 Euro erhält zudem der Verband der kinderreichen Familien. Dieser Verband soll für seinen vorbildlichen Einsatz mit der Förderung noch mehr Rückenwind bekommen. Unsere Förderung ist dabei auch eine Wertschätzung für Familien mit Kindern im Allgemeinen.

Die Kindertagespflege ist eine der tragenden Säulen der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen. Der Landesverband Kindertagespflege wird daher 120.000 Euro mehr erhalten, um die Arbeit des Verbandes strukturell zu stärken.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Nur für die eigentliche Tagespflege ist nichts mehr übrig!)

Zur Familienbildung. Die Familienbildung ist ein wichtiger Partner der Jugendhilfe, die die Eltern von Anfang an begleitet und unterstützt. Das MKFFI gewährt den zertifizierten Einrichtungen der Familienbildung einen Zuschlag in Höhe von 2 % auf die gesetzlichen Mittel zur Dynamisierung der institutionellen Förderung. Klingt technisch, bedeutet aber ganz konkret: Familienbildung kann nun sozial benachteiligten Familien einen Gebührenerlass gewähren. Das ist ein wichtiger Beitrag für Chancengerechtigkeit für alle und von Anfang an.

Meine Damen und Herren, die NRW-Koalition steht für die Wertschätzung der Vielfalt in unserem Land. Daher gehören Antidiskriminierungsmaßnahmen, die Antigewaltarbeit, aber auch die Bildungs- und Informationsarbeit selbstverständlich zum Kanon unserer Politik im LSBTI-Bereich in NRW.

Ein ganz besonders wichtiges Feld ist im Übrigen die psychosoziale Beratung für LSBTI und deren Angehörige. Hier schließen CDU und FDP auf der Basis eines eigenen Änderungsantrages zum Haushaltsplan endlich eine Gerechtigkeitslücke in der Förderung. Denn seit Jahren entspricht die Förderung der

Personalkosten nicht den tatsächlichen Kosten. Deswegen heben wir die Förderung angemessen an.

Wir sind im Mai 2017 mit dem Versprechen angetreten, Familien offensiv zu fördern. Sie sehen, dieses Versprechen lösen wir heute ein,

(Zuruf von der SPD: Nicht!)

indem wir Vielfalt in unserem Land durch eine wertschätzende Stärkung im LSBTI-Bereich Ausdruck verleihen, indem wir Familienbildung auch für sozial schwächere Familien erreichbar machen, indem wir die präventive, familienbezogene Beratungsinfrastruktur absichern und ausbauen, indem wir insbesondere auch geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Blick nehmen, indem wir weitere Familienzentren fördern, indem wir Kitaplatzausbau konsequent vorantreiben und die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung stellen,

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

indem wir die Kitalandtschaft und die Kindertagesbetreuung in NRW finanziell absichern und das Kinderbildungsgesetz zukunftsfest aufstellen.

Das ist eine verantwortungsvolle Politik der NRW-Koalition und dieser Landesregierung für Familien, Kinder, Jugendliche in diesem Land. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Grünen spricht nun unsere Kollegin Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Kamieth, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie der Versuchung widerstanden haben, sich zehn Minuten lang an Rot-Grün abzuarbeiten,

(Zurufe von der CDU, Dr. Dennis Maelzer [SPD] und Marcel Hafke [FDP])

sondern an der einen oder anderen Stelle auch einmal Worte dafür gefunden haben, was Sie selber machen wollen.

Herr Hafke, Sie sprechen leider nach mir, und ich hätte meine ganze Rede im Grunde genommen zu Hause lassen können; denn Sie machen ja wahrscheinlich wenig anderes, als sich daran abzuarbeiten.

(Zurufe von der CDU, der SPD und der FDP)

Das war es aber auch schon mit dem Lob. – Nichtsdestotrotz sind aber auch Sie, Herr Kollege, für den zentralen Bereich die zentralen Aussagen schuldig geblieben. Denn in Sachen Kita und bei der Frage,

wie das Kita-Gesetz neu aufgestellt werden soll, haben Sie sich immer ganz knapp an jeder konkreten Aussage vorbeigeschwemelt.

Damit sind wir leider bei dem, was wir sonst auch immer diskutieren. Nach dem Motto „Täglich grüßt das Murmeltier“ wird sich an dem, was man vorgefunden hat und was man nicht vorgefunden hat, abgearbeitet.

Unterm Strich, Herr Hafke, regieren Sie jetzt. Das wollten Sie gerne, und die Bevölkerung hat Ihnen dieses Vertrauen geschenkt. Jetzt sind Sie aber auch an der Reihe, dieses Vertrauen zurückzahlen. Das ist Ihr zweiter Haushalt, und üblicherweise verbindet sich mit einem Haushalt auch ein eigenes Regierungsprogramm. Aber Sie bleiben im permanenten Wahlkampfmodus. Ich glaube, es wäre mal an der Zeit, dass Sie dieser vollmundigen Ankündigung – „weltbeste Bildung“ sah auf dem Plakat schön aus – auch Konzepte folgen lassen. Diese sind Sie für die nachhaltige Kitafinanzierung bislang schuldig geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dafür hat Nordrhein-Westfalen und haben die Kinder in Nordrhein-Westfalen keine Zeit. Sie von CDU und FDP tragen die Verantwortung, auch wenn Sie sich immer darum herumschwemeln. Sie müssen etwas liefern. Herr Minister, Sie sind in der Verantwortung, uns nicht immer nur zu erzählen: Vertrauen Sie mir, das wird schon alles schön werden. – Sie sind in der Verantwortung, jetzt konkrete Punkte auf den Tisch zu legen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Moment, dazu kommen wir gleich. – Die gute Nachricht für Sie ist, dass das den regierungstragenden Fraktionen erst mal auszureichen scheint. Sie haben Vertrauen in den Minister und das Ministerium. Das ist angenehm für Sie, aber ich glaube, dass die kommunalen Spitzenverbände, die Träger, aber auch wir als Opposition das Recht darauf haben, auch mal konkret über fachliche Fragen diskutieren zu können, anstatt immer nur die Ankündigung zu hören: Vertrauen Sie mir, ich werde es schon irgendwie richten. – Ja, wann denn, Herr Minister? Wann wollen Sie es denn wirklich richten?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir warten und warten und warten, und wir hangeln uns bei diesem Warten von einem Rettungspaket zum nächsten. Ich sage Ihnen, Herr Minister: NRW braucht jetzt ein auskömmliches und verlässliches Kita-Gesetz. Was die Träger und die Kommunen nicht brauchen, ist ein Rettungspakete-Abo; das haben sie offensichtlich bislang.

Wir warten jetzt darauf, ob sich das mit dem Haushalt 2020 verändern wird, ob Sie also zu Beginn des Jahres 2019 endlich die vielen angekündigten Punkte

auf den Tisch legen werden, oder ob wir uns weiter von einem Rettungspaket zum andern hangeln.

Ich bin der Auffassung, dass diese Übergangsfinanzierung – da sind wir uns sicherlich alle einig – notwendig ist, weil Sie noch kein neues Gesetz präsentiert haben, klar. Aber Sie erkaufen sich damit wirklich die allerletzte Chance, um tatsächlich etwas Substanzielles auf den Tisch zu legen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Da ist es schon wieder, Herr Hafke. Haben Sie eigentlich noch etwas anderes außer „Was haben Sie eigentlich sieben Jahre lang gemacht?“ Wofür wollten Sie denn gewählt werden? Wollten Sie dafür gewählt werden, im dauerhaften Wahlkampfmodus hier dampfzuplaudern? Oder wollten Sie dafür gewählt werden, dass Sie die weltbeste Bildung auch umsetzen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich warte darauf, dass da irgendetwas passiert, aber das scheint auch heute wieder nicht der Fall zu sein.

(Marcel Hafke [FDP]: Ich mache mir um uns keine Sorgen!)

Die kommunalen Spitzenverbände sprechen bei der Frage der Übergangsfinanzierung von notwendiger Stabilisierung. Dem würde ich mich anschließen. Aber mehr, Herr Minister, als eine dringend notwendige Stabilisierung des Systems ist das nicht. Sie stopfen Löcher. Sie hangeln sich immer weiter von Übergang zu Übergang, und dann schreiben Sie auf das Gesetz drauf, es wäre Qualitätsentwicklung. – Ich sage Ihnen, was das ist: Das ist schlicht Etikettenschwindel, was Sie da betreiben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Richtig!)

Sie stopfen Löcher, was in der Tat auch notwendig ist. Aber Ihr eigenes Ministerium hat gesagt, die KiBiz-Lücke sei nach wie vor nicht geschlossen. Wenn die KiBiz-Lücke aber nicht geschlossen ist, wir also immer noch bei der Sicherung des Status quo sind, dann sehe ich nicht, worin die große Qualitätssteigerung bestehen sollte.

Dann preisen Sie die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz – der Kollege hat auch schon darauf hingewiesen – mit ein. Dafür muss natürlich irgendwo etwas mit „Qualität“ darauf stehen, denn die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz sind zur Qualitätsentwicklung vorgesehen. Eigentlich nicht dafür vorgesehen – Sie aber machen es damit – ist das Löcherstopfen. Deshalb sage ich Ihnen: Das ist Etikettenschwindel. Überschriften reichen nicht aus; da müssen Sie in der Tat mehr liefern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Kommen wir einmal dazu – Herr Hafke hat es gerade schon eingefordert –, was die Grünen denn eigentlich wollen. – Im Gegensatz zu Ihnen haben wir ein

ganzes Positionspapier vorgelegt, in dem Sie die Positionen der Grünen nachlesen können.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Ein wichtiger Punkt ist zum Beispiel, dass wir endlich eine Sockelfinanzierung brauchen, die die vermurksten Kindpauschalen ablöst – die übrigens auf Ihr Gesetz zurückgehen, wenn wir schon bei der Geschichtsstunde sind: Ihr KiBiz, Ihre vermurksten Kindpauschalen. Wir brauchen eine Sockelfinanzierung. Das schafft die dringend notwendige Planungssicherheit. Denn auch Sie wissen aus Ihren zahlreichen Gesprächen vor Ort, dass die Kindpauschalen und die Pauschalen im Bereich der Gruppenfinanzierung diese Planungssicherheit nicht schaffen.

Wir brauchen auch dringend einen verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssel, und zwar auf Grundlage einer realistischen Personalbemessung. Sieht man sich die nackten Zahlen an, sieht es in Nordrhein-Westfalen gar nicht so schlecht aus, was den Fachkraft-Kind-Schlüssel anbelangt. Geht man allerdings in die Einrichtungen hinein, wird man feststellen, dass wir aufgrund der Tatsache, dass die Personalbemessung ganz wichtige Dinge nicht mit einpreist, diesen Fachkraft-Kind-Schlüssel in der Realität nicht erreichen.

Was muss dringend in die Personalbemessung einbezogen werden? Das ist die Leitungszeit, die mittelbare und unmittelbare pädagogische Arbeit, und das sind auch die Fehlzeiten. Denn natürlich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Urlaub, und sie sind auch schon mal krank oder auf einer Fortbildung. Das alles muss für eine qualitativ gute und auskömmliche Finanzierung eingepreist werden.

Für gute Kitas – der Kollege Maelzer hat es bereits angesprochen – braucht man außerdem gute Fachkräfte. Aber auch hier reagiert die Regierung wieder nach dem Motto: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründe ich einen Arbeitskreis. Auch dazu lautete die Ankündigung: Wir sind dran, wir führen Gespräche. – Das ist alles gut und richtig; Gespräche muss man führen; aber diese Gespräche müssen irgendwann auch mal zu einem Ergebnis führen.

Wir haben einen Haushaltsantrag für mindestens einen dringend notwendigen zweiten Ausbildungsstandort vorgelegt. Sie müssen dem Antrag überhaupt nicht zustimmen. Das haben Sie im Ausschuss schließlich auch nicht getan. Mir wäre schon damit gedient, wenn Sie es einfach umsetzen würden. Nennen Sie es meinetwegen anschließend eine ganz große und tolle Errungenschaft der Landesregierung. Das ist mir egal. Hauptsache, wir bekommen endlich einen weiteren Ausbildungsstandort. Was wir brauchen, sind Erzieherinnen und Erzieher, die qualitativ gute Arbeit in den Kitas sicherstellen.

Der Bereich „Ausbau“ ist ebenfalls schon angesprochen worden. Was waren das hier für großartige Pirouetten, die Schwarz und Gelb gedreht haben, um uns deutlich zu machen: Wir brauchen keine zusätzlichen Investitionsmittel, wir brauchen ein neues Kita-Gesetz, und dann wird alles gut.

Irgendwann aber haben Sie dann verstanden, was der Unterschied zwischen einer Kitafinanzierung und der Personal- und Sachkostenfinanzierung ist und was Investitionsmittel sind.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das hat lange gedauert!)

Gott sei Dank ist das dem Ministerium irgendwann noch aufgefallen, und dann gab es doch noch einmal Mittel, die in den notwendigen Ausbau fließen sollten. Die 95 Millionen Euro sind schon ganz gut, aber – das ist das einzige Manko – wir brauchen eine Verstetigung von Landesseite aus, und wir brauchen eine auskömmlichere Finanzierung.

Ich möchte aber noch einen völlig anderen Bereich in der Zuständigkeit des MKFFI ansprechen. Es geht um Schwangerschaftskonflikte bzw. die Schwangerschaftskonfliktberatung.

Herr Minister, ich begrüße, dass es 3 Millionen Euro mehr für die Beratungsstellen gibt. Die Beratungsstellen machen eine sehr gute und wichtige Arbeit. Nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz sind wir schließlich dazu verpflichtet. Es ist richtig, dass hier mehr Mittel investiert werden. Was allerdings die medizinische Versorgung angeht, bleibt es mehr oder weniger dem Zufall überlassen, wie Frauen in einer solchen Notlage medizinisch versorgt sind.

Sie haben recht: In Ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage haben Sie geschrieben, im Schwangerschaftskonfliktgesetz gebe es keinen Schlüssel für die medizinische Versorgung. Wenn Sie dann aber schreiben, dass die Erreichbarkeit innerhalb eines Tages aus Ihrer Sicht als zumutbar zu bezeichnen ist, dann bezeichne ich das als zynisch, Herr Minister. Das ist schlicht zynisch.

Ich fordere Sie und den Gesundheitsminister Herrn Laumann auf, die Versorgung tatsächlich zu gewährleisten, und zwar in allen Regionen unseres Landes.

Ich fordere Sie auch dazu auf, endlich Rechtssicherheit für die Ärztinnen und Ärzte herzustellen, die Abbrüche vornehmen. Ein weiteres Problem – darüber haben wir in diesem Haus schon oft genug diskutiert – stellt § 219a StGB dar. Es geht hier um sachliche Information und nicht um Werbung. Dadurch wird Rechtsunsicherheit geschaffen und auf dem Rücken der Frauen ausgetragen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich fordere Sie auf, hier endlich zu handeln und für Rechtssicherheit zu sorgen.

Gestatten Sie mir noch einen kurzen Verweis auf LSBTI. Ich bin sehr froh, dass es diesbezüglich eine große Kontinuität in diesem Haus gibt. Insbesondere in Zeiten, in denen das von allen Seiten angegriffen wird, ist das wichtig und eine gute Nachricht.

Ein kleiner Hinweis sei noch gestattet, weil die Bundesbildungsministerin auch aus Nordrhein-Westfalen kommt:

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wie heißt die denn?)

Herr Minister, vielleicht schicken Sie auch mal bei ihr ein SCHLAU-Team vorbei, damit sie sieht, dass wir seit Jahrzehnten darüber sprechen. Es ist keine Entscheidung gewesen, die über das Knie gebrochen wurde, sondern dem sind breite Diskussionen vorausgegangen. Nichtsdestotrotz sind wir Ihnen dankbar, dass wir in diesem Themenbereich eine breite Kontinuität gegenüber all denjenigen haben, für die Homophobie scheinbar immer noch Teil des politischen Diskurses ist. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Frank Müller [SPD]: Das haben Sie schon viermal gesagt!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP spricht nun der Abgeordnete Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war eine bemerkenswerte Rede, Herr Maelzer. Etwas anderes fällt mir dazu nicht ein. Ich finde es schön, dass Sie noch einmal ein Resümee der letzten sieben Jahre Ihrer Regierungszeit gezogen haben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Danke, das reicht schon!)

Dabei haben Sie allerdings einen einzigen entscheidenden Punkt vergessen: Was Sie uns hier hinterlassen haben, ist ein massiver, katastrophaler Scherbenhaufen aus Kitaschließungen und Trägerabgaben in Nordrhein-Westfalen.

(Marlies Stotz [SPD]: Mein Gott! – Frank Müller [SPD]: Wie viele denn?)

Um das festzustellen, braucht man keinen Zollstock. Die Erzieherinnen und Erzieher hätten etwas ganz anderes mit dem Zollstock gemacht. Das kann ich hier aber nicht aussprechen, sonst bekomme ich einen Ordnungsruf. Das hätten sie jedenfalls damit gemacht. So sieht die Lage vor Ort aus, und deswegen sind Sie in Nordrhein-Westfalen auch abgewählt worden; das ist der Grund.

(Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Das war zwanzigmal besser

als das, was Sie uns 2010 hinterlassen haben!)

Weil wir diese so katastrophale Situation vorgefunden haben, haben wir zunächst ein Rettungspaket auf den Weg gebracht, damit die Träger erst mal durchatmen können.

Zweiter Punkt. Natürlich brauchen wir noch etwas Zeit. Deswegen gibt es jetzt eine zweite Runde. Insgesamt geben wir fast 1 Milliarde Euro an Investitionen in das System, damit man hinterher ein sauber ausfinanziertes Kinderbildungsgesetz vorlegen kann.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch einer Zwischenfrage des Abgeordneten Müller.

Marcel Hafke (FDP): Ja, sehr gerne.

Frank Müller (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Hafke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich habe diese Zwischenfrage schon einmal gestellt – ich weiß gar nicht, wann es genau war –, und sie wurde nicht beantwortet. Sie hatten gerade auf die real existenten Kitaschließungen und Trägerabgaben abgestellt. Könnten Sie diese bitte für das Haus quantifizieren, insbesondere die Kitaschließungen? Könnten Sie zudem quantifizieren, wie viele Trägerabgaben es gegeben hat? Das würde uns interessieren.

Marcel Hafke (FDP): Ich empfehle Ihnen die Lektüre des Protokolls zur Anhörung, die in Ihrem letzten Regierungsjahr im Ausschuss dazu stattgefunden hat. Im Erzbistum Köln sind 80 % der Einrichtungen defizitär; AWO Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis: Trägerabgaben; Wuppertal: Trägerabgaben der Evangelischen Kirche.

(Frank Müller [SPD]: Die Schließungen!)

Schließungen durch Träger haben wir als Landesregierung in massivem Umfang abgewendet, weil die Träger uns kommuniziert haben, dass sie das nicht mehr ausfinanzieren können.

(Lachen von der SPD)

– Darüber braucht man nicht zu lachen. Das ist die Arroganz, die immer noch in Ihren Köpfen herrscht. Das ist aber auch der Grund dafür, dass Sie jetzt da stehen, wo Sie stehen. Sie gehen mit der falschen Haltung an die Sache heran und nehmen die Problemlagen vor Ort nicht ernst.

(Beifall von der FDP)

Alle Betroffenen vor Ort sagen, wir sollten uns dieses Jahr bitte Zeit nehmen, um ein sauberes und gutes

Gesetz mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern auf den Weg zu bringen. Das sei völlig in Ordnung, weil sie in Zukunft nicht mehr dieses Stückwerk wollen, das Sie über sieben Jahre angeordnet haben, sondern ein Gesetz, das dauerhaft tragfähig ist.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die sagen alle: Gebt uns bloß kein Geld!)

Deswegen bin ich dem Minister sehr dankbar, dass er genau das in Nachtschichten auf den Weg bringt, damit wir nächstes Jahr über dieses Kinderbildungsgesetz beraten und es anschließend verabschieden können. Wir werden aber nicht über Stöckchen springen, die Sie uns hinhalten, nur weil Sie meinen, wir müssten heute darüber reden.

(Frank Müller [SPD]: Das ist bei Haushaltsberatungen nun mal so, dass man darüber redet! Das ist kein Stöckchen!)

Wir machen das seriös. Erst werden die Verhandlungen geführt, und anschließend geht das Ganze ins Parlament, und dann werden wir uns als Parlamentarier damit beschäftigen.

(Beifall von der FDP)

Das, was wir als Haushaltsgesetzgeber machen, ist doch völlig klar: Wir haben im letzten Jahr das Rettungspaket auf den Weg gebracht und werden jetzt die zweiten 450 Millionen Euro auf den Weg bringen. Wir sorgen dafür, dass der Platzausbau weitergeht.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Sie setzen das fort!)

Übrigens werden nächstes Jahr mehr als 94 Millionen Euro, wahrscheinlich um die 120 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

(Marlies Stotz [SPD]: Tatsächlich!)

Damit können die Kommunen über 25.000 Plätze mehr bauen. Ich glaube, das ist gut.

Wenn die SPD ernsthaft ein Interesse daran hat, etwas für unser Land zu tun, dann sorgen Sie endlich dafür, dass die Bundesministerin das angeblich gute Gute-Kita-Gesetz entfristet. Das wäre eine ernsthafte Hilfe für Nordrhein-Westfalen und keine Augenwischerei.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch einer weiteren Zwischenfrage, diesmal von Herrn Dr. Maelzer.

Marcel Hafke (FDP): Sehr gerne.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Hafke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie haben eben auf die Kita-Ausbaumittel hingewiesen und gesagt, dass das mehr werden sollen als die 94 Millionen Euro. Sie wollen auch nicht verausgabte Mittel aus dem Haushalt dafür einsetzen.

Können Sie quantifizieren, wo Sie in dem Bereich Geld ansetzen, wo Sie nicht davon ausgehen, dass es ausgegeben werden muss, zum Beispiel im Kinder- und Jugendförderplan, den Sie angehoben haben? Soll der nicht ausgeschöpft werden, damit dann der Kita-Ausbau finanziert wird?

Marcel Hafke (FDP): Das Fachpersonal berät Sie gerne. Das Kinderbildungsgesetz ist, wie auch in Ihrer Regierungszeit, nie voll ausgeschöpft worden.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die Kitas brauchen das Geld gar nicht?)

Die Mittel müssen im System bleiben und werden dafür verwendet. Ganz einfache Sache! Da würde ich einfach mal die ehemaligen Ministerinnen Frau Kampmann und Frau Schäfer fragen. Die können Ihnen sagen, dass es nicht aus dem Kinder- und Jugendförderplan oder aus anderen Positionen kommen wird, sondern aus dem Etat, wenn er vor Ort nicht ausgeschöpft wird.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Jetzt habe ich Ihre Logik der Investitionskosten und Betriebsförderkosten verstanden! Unfassbar!)

Ich glaube, das ist auch gut und richtig, denn uns als Familienpolitiker sollte es doch recht sein, dass das Geld nicht an den Finanzminister fließt, sondern im System bleibt und davon Kitaplätze gebaut werden.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Also nicht in die Qualität, sondern in Steine!)

Ich glaube, das ist ein guter und richtiger Weg, den wir dort beschreiten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige andere Punkte erwähnen. Ich glaube, es ist heute angebracht, nicht nur über das Thema „Kindergärten in Nordrhein-Westfalen“ zu sprechen.

Der Kollege Kamieth hat vorgestellt, was wir in vielen anderen Bereichen auf den Weg bringen: Stärkung der Familienberatung, Familienbildung, psychosoziale Beratungsstellen im Bereich LSBTI, Schwangerschaftsberatung – über 2,9 Millionen Euro investieren wir dort mehr.

Eine Sache, die mir persönlich sehr am Herzen liegt – ich finde sie sehr wichtig und habe mich in Oppositionszeiten massiv darüber geärgert, dass SPD und Grüne diesen Schritt nicht gemacht haben –, will ich Ihnen noch einmal klar vertonen: Ich bin froh, dass wir endlich die Paare mit unerfülltem Kinderwunsch in Nordrhein-Westfalen unterstützen, dass sie an den finanziellen Mitteln des Bundes genauso

beteiligt werden, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist.

Dagegen haben Sie sich jahrelang gesperrt. Ich bin froh, dass die Schwarzen und die Gelben in diesem Haus die Kraft besitzen, das umzusetzen und den Menschen in Nordrhein-Westfalen entgegenzukommen und zu helfen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Letzte Anmerkung: Ich glaube, dass dieser Haushalt ein guter und richtiger Schritt ist, in Nordrhein-Westfalen für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Da wir, so denke ich, mindestens vier Jahre weiterregieren und auch darüber hinaus, werden wir daran arbeiten, das Land noch weiter zu verbessern. Sie werden sehen, dass man nicht alles in einem Jahr erreichen kann, aber in den nächsten zwei, drei Jahren wird dieser Haushalt eine ganz andere Dimension haben, ganz andere Aufgaben erfüllen und dafür sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen in diesem Land echte Chancen bekommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD erteile ich der Abgeordneten Frau Dworeck-Danielowski das Wort.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Stamp! Heute debattieren wir den Haushaltsentwurf zum Kapitel Familie, Kinder und Jugend. Egal wie breitgefächert der Begriff „Familie“ mittlerweile im öffentlichen Diskurs ist, so sind sich doch alle zumindest in dieser Frage einig; zumindest lautet der gemeinsame Nenner so: Familie ist da, wo Kinder sind.

Voraussetzung dafür, dass ein Kind das Licht der Welt erblicken kann, ist, dass es gezeugt wird. Zu diesem Thema hat Minister Stamp seine eigene neue Duftnote im Haushalt gesetzt. Erstmals ist die Bezuschussung zur Kinderwunschbehandlung durch das Land und somit auch erst durch den Bund möglich. Das verwundert nicht. Sie haben sich schon als Opposition dafür stark gemacht, und irgendwie scheint es ein Lieblingsthema der FDP zu sein. Ich glaube, schon im Frühjahr haben Sie den Bundestag damit beglückt.

Vom Grunde her ist von unserer Seite aus gar nicht großartig etwas dagegen zu sagen. Sie vermuten wahrscheinlich – die Zahlen der Kinderwunschbehandlungen sind ja zurückgegangen –, dass die Zahlen mit der besseren Bezuschussung wieder steigen werden. Das sind mehr Kinder; das finden wir schön. Auch den Aspekt, dass der Umstand, ob ein Kinderwunsch unerfüllt bleibt oder er irgendwann erfüllt

wird, nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen sollte, finden wir positiv.

Nichtsdestotrotz haben wir noch einige Einwände; denn letzten Endes ist die Kinderwunschbehandlung nicht deshalb ein immer größer werdendes Thema, weil wir von einer epidemischen Fertilitätsstörung ausgehen, sondern lediglich deshalb, weil Paare immer älter werden, wenn sie sich dazu entscheiden, Eltern zu werden.

Wenn man einerseits diesem Umstand Rechnung trägt und die Bezuschussung einfacher macht, würden wir uns andererseits aber auch wünschen, dass Sie als Familienminister die Weichen stellen, damit auch jüngere Paare sich in ihrer Biografie früher entscheiden könnten, Eltern zu werden. Denn wenn Paare jünger sind, wenn sie sich anschicken, Eltern zu werden, dann ist eben nicht nur die Kinderwunschbehandlung erfolgreicher, sondern dann ist sie häufig vermutlich gar nicht mehr notwendig.

Wenn wir schon bei dem Thema „Entscheidung für das Kind“ sind: Sie erhöhen die Ausgaben für die Schwangerschaftskonfliktberatung – das wurde gerade schon ein paar Mal angesprochen –, um die Struktur zu erhalten.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerne noch einmal auf unseren Antrag hinweisen, den Herr Dr. Vincentz zu der Diskrepanz rund um die Statistik über die Schwangerschaftsabbrüche eingereicht hat. Sie haben das hier abgetan, so nach dem Motto: Das ist alles hanebüchen, die haben die Zahlen im Griff, und wenn, dann sind das nur irgendwelche Abrechnungsunstimmigkeiten.

Selbst wenn dem tatsächlich so wäre – was ich weder glaube, noch hoffe –, dann würde ich als Familienminister dennoch schlaflose Nächte haben, denn das würde bedeuten, dass in Nordrhein-Westfalen ausschließlich Frauen abtreiben, deren Einkommen unter 1.000 Euro liegt oder die im Leistungsbezug sind. Ausschließlich! Das heißt, keine Frau in Nordrhein-Westfalen, die ein auskömmliches Einkommen hat, wäre dazu genötigt, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Das ist doch etwas, was einem wirklich ans Herz gehen und einen alarmieren müsste.

Wenn das Einkommen einer Frau so maßgeblich dazu beiträgt, ob sie sich überhaupt in der Lage sieht, ein Kind auf die Welt zu bringen oder nicht, ist das schlecht für die Situation von Familien in Nordrhein-Westfalen. Angesichts dessen kann man die Kinderarmut noch einmal unter einem ganz anderen Blickwinkel betrachten; denn dann haben Kinder nicht nur nach der Geburt schlechtere Chancen auf dieser Welt und in Nordrhein-Westfalen, sondern sie haben vor allen Dingen unverhältnismäßig schlechte Chancen, überhaupt das Licht der Welt zu erblicken.

(Beifall von der AfD)

Das finden wir sehr bedenklich. Ich kann nur hoffen, dass Sie – obwohl Sie hier zur Show gesagt haben, das sei alles Mumpitz – im verschlossenen Kämmerlein der Sache auf den Grund gehen.

Reden wir aber von den Kindern, die geboren werden. Die Debatte gerade wurde wieder einmal sehr von den Themen „KiBiz“ und „Kinderbetreuung“ bestimmt. Die Gesetzentwürfe, die Sie bisher vorgelegt haben, dienen der Überbrückung; das ist auch nachvollziehbar. Daran üben wir gar keine Kritik. Wie groß sind Ihre KiBiz-Reformen aber tatsächlich? Wie gut der Entwurf sein wird, können wir natürlich erst ermes sen, wenn er vorliegt – vermutlich sogar erst ein paar Jahre später, wenn man dann sehen kann, ob es wieder Lücken in der Finanzierung gab oder nicht.

Nun zu einem ganz anderen Umstand in diesem Zusammenhang: Auf der Homepage Ihres Ministeriums kann man nach wie vor den Familienbericht der Vorgängerregierung abrufen. Da wurden auch Eltern befragt und Elterndialoge geführt. Das Hauptproblem aller Eltern ist der Zeitmangel. Das wurde darin wieder einmal benannt. Alle Eltern und Familien wünschen sich mehr Zeit mit ihren Kindern – querbeet durch alle Bevölkerungsschichten.

Allerdings arbeiten Sie ausschließlich an Lösungen, wie Eltern mehr Zeit für ihren Beruf und immer weniger Zeit für ihre Kinder aufbringen können. Das wundert uns dann schon. Dass die rot-grüne Regierung den Impuls der Eltern nicht aufgegriffen hat, kann man noch irgendwie mit ihrem vielleicht eher sozialistischen Verständnis von Kinderbetreuung erklären. Aber jetzt regiert Schwarz-Gelb. Trotzdem trägt man diesem Umstand weiterhin nicht Rechnung und ignoriert diesen Wunsch.

Wir sind aber sicher: Es gäbe Lösungen, wenn man diesem verständlichen Wunsch berufstätiger Eltern Rechnung tragen wollte und nicht nur die Fremdbetreuung bezuschussen wollte, sondern auch bereit wäre, zur Kompensation von Einkommenseinbußen für Eltern, die mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen, einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Davon sind wir überzeugt. Das muss man allerdings wollen. Sie wollen es offensichtlich nicht.

Zu guter Letzt möchte ich noch einige Sätze zu den Themen „Ausgaben“ und „Förderung von Kindern und Jugendlichen“ sagen. In diesem Zusammenhang habe ich noch sehr eindrucksvoll das Gespräch mit den paritätischen Jugendverbänden im Ohr. Damals waren viele Vertreter der unterschiedlichen Vereine, Institutionen und Jugendtreffs vor Ort und haben ihre Probleme geschildert.

Insbesondere das Abschlussplädoyer der Dame von der Alten Feuerwache Wuppertal ist mir im Ohr geblieben. Es hallte noch lange nach und ist mir sehr nahe gegangen. Sie sprach von depressiven und präsuizidalen Jugendlichen. Außerdem hat sie das

Wort „sexuelle Verwahrlosung“ in den Mund genommen und von bindungsarmen Kindern und Jugendlichen gesprochen.

Sie können sich sicher sein, dass auch wir erkennen – auch wenn uns die Ausrichtung der einen oder anderen Jugendinstitution vielleicht nicht schmeckt –, dass diese Arbeit einen wahnsinnig wichtigen Beitrag leistet und dass wir ganz viel für unsere Jugendlichen und Kinder tun müssen. Da kann man gar nicht genug investieren. Wir sehen aber auch für welchen Nonsens weiterhin Landesmittel ausgegeben werden – beispielsweise für die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*politik oder die Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit. Für uns ist absolut nicht nachvollziehbar, warum dafür Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.

Ich verstehe deren Vertreter – ich weiß nicht, wie es den anderen geht – zum Teil auch gar nicht mehr, wenn sie als Sachverständige zu Anhörungen kommen.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN – Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Falscher Ausschuss!)

Das liegt nicht daran, dass ich taub und blöd wäre. Ich glaube, es würde ganz vielen Bürgern draußen auch so gehen. Man versteht es nicht mehr, wenn nur noch von „PoC“, „Cis“, „*innen“ usw. gesprochen wird.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Schauen Sie sich doch mal an, was für Veranstaltungen Sie anbieten. Das hat doch nichts mit Mädchenförderung oder mit Kinder- und Jugendförderung zu tun, wenn es zum Beispiel heißt: Kritische Weißseinsforschung; das Angebot richtet sich an PoC(F*LTl) mit Rassismuserfahrung.

(Beifall von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Oder aber: Seminare richten sich an weiße Mehrheitsdeutsche ohne Rassismuserfahrung. – Was soll denn das? Das soll Mädchenförderung sein, für die Landesmittel fließen? Da werde ich richtig sauer!

(Beifall von der AfD – Josefine Paul [GRÜNE]: Das nennt man Antirassismuserfahrung! Das ist Ihnen kein Begriff!)

– Nein, das kann jeder gerne machen. Jeder kann von mir aus in seiner Freizeit Queer Studies, Gender Studies oder sonst etwas betreiben. Das muss aber nicht vom Land gefördert werden. Kein einziges Mädchen, kein einziger Jugendlicher hat davon etwas.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Diese Meinung haben Sie zum Glück exklusiv!)

Das ist wirklich nicht nachvollziehbar – vor allem nicht vor dem Hintergrund des Gesprächs mit der Al-

ten Feuerwache Wuppertal, deren Vertreter aufgezeigt haben, in was für einer prekären Situation sich unsere Jugend zum Teil befindet. Und dann werden die Gelder für so einen Nonsens, für so einen Schmarren aus dem Fenster geworfen!

Das muss sich dringend ändern. Ehrlich gesagt, hätte ich mir auch gewünscht, dass das unter Schwarz-Gelb geschieht. – Danke.

(Beifall von der AfD – Josefine Paul [GRÜNE]: Die Gesellschaft ist weiter als Sie!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dworeck-Danielowski. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Dennis Maelzer, das war ja ein lustiger Vortrag – auch der Teil, in dem Sie mit dem Zollstock etwas gezeigt haben. Aber angesichts der Beschreibung der Leistungsbilanz der letzten sieben Jahre von Rot-Grün

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das war nicht Rot-Grün, das waren Sie!)

und dem Zeigen muss ich doch den Hinweis geben: Das sind nicht 20 cm.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Bei Ihnen sind es nur 10 cm!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Land der Chancen machen. Daran arbeiten wir als Landesregierung. Genau das spiegelt auch der Haushalt 2019 wieder.

Die größte Baustelle, die uns die Vorgängerregierung hinterlassen hat, ist dabei die Kindertagesbetreuung und die frühe Bildung. Wir haben eine verheerende Unterfinanzierung des Systems vorgefunden. Mit dem Kita-Träger-Rettungspaket haben wir dafür gesorgt, dass akut keine Kindertagesstätte in Nordrhein-Westfalen schließen muss.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Parallel arbeiten wir mit Hochdruck daran, die strukturelle Unterfinanzierung der Kitas dauerhaft zu beseitigen.

Lieber Herr Kollege Müller – ich glaube, er ist schon entschwunden ...

(Michael Hübner [SPD]: Wir sind hier!)

Ach nein, er sitzt wieder auf seinem angestammten Platz.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Eigentlich ja unübersehbar! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Wir sind mehr!)

Sie haben gerade eingefordert, dass das im Rahmen des Haushalts 2019 diskutiert werden müsse und hier ins Plenum gehöre. Ich habe immer den Zeitplan klar angegeben und gesagt, dass wir Anfang 2019 die Eckpunkte vorstellen, wie wir uns die KiBiz-Reform für 2021 vorstellen. Deswegen werden wir das nicht hier und heute diskutieren, sondern Anfang des Jahres 2019.

Liebe Kollegin Paul, da müssen Sie sich halt noch ein bisschen gedulden.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sie wissen, dass das meine ganz starke Seite ist!)

Ich weiß, dass das bei Ihrem Temperament schwerfällt.

(Heiterkeit von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen aber auch, dass ich Ihr Temperament sehr schätze. Insofern kann ich Ihre Ungeduld verstehen. Wir wollen Ihnen allerdings etwas Solides vorstellen. Dementsprechend bitte ich Sie um Geduld in den Wochen, die wir dafür jetzt noch brauchen.

Mit dem Kita-Träger-Rettungspaket haben wir dafür gesorgt, dass es eine vernünftige Übergangsfinanzierung gibt. Jetzt kommen weitere Dinge. Hier wurde angesprochen, das seien alles Vorschläge der Sozialdemokratie. Aber man hätte doch – Herr Hafke hat schon darauf hingewiesen – sieben Jahre lang Zeit für die Umsetzung gehabt. Ich kann nur Folgendes sagen: Wir werden bei dieser Reform selbstverständlich auch die Randzeitenbetreuung in den Blick nehmen. Deshalb bedarf es des diesbezüglichen Änderungsantrags der SPD nicht.

Bis zum Abschluss der KiBiz-Reform soll eine solide Übergangsfinanzierung für Verlässlichkeit sorgen. Dabei geht es nicht um Etikettenschwindel; vielmehr ist dies der Übergang zur Qualitätsveränderung.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Aha! Also der Übergang und noch keine Qualitätsveränderung!)

Insofern ist das auch angemessen und berechtigt.

Selbstverständlich geht es auch um den Ausbau der Plätze. Insgesamt stehen für den Ausbau von Plätzen für Kinder bis zum Schuleintritt derzeit noch rund 166 Millionen Euro Bundes- und Landesmittel zur Verfügung.

Wir wissen aber, dass das nicht reicht. Um den weiterhin großen Bedarf an zusätzlichen Plätzen erfüllen zu können, unterstützen wir die Kommunen in NRW beim weiteren Platzausbau künftig auch darüber hinaus. Ab dem Haushaltsjahr 2019 stellen wir beglei-

tend zu dem Sonderprogramm des Bundes kurzfristig Mittel in Höhe von rund 94 Millionen Euro für den Ausbau zur Verfügung.

Darüber hinaus gehen wir beim Platzausbau einen weiteren, innovativen Schritt, den Sie, Herr Maelzer, wohl einfach noch nicht verstanden haben.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Doch! Ich habe ihn verstanden! Er ist nur ziemlich schlecht!)

Die Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplanentwurf 2019 sieht nämlich vor, dass künftig sämtliche Minderausgaben in der Kinder- und Jugendhilfe des Landes automatisch in die Investitionskostenförderung einfließen werden.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist doch keine Verlässlichkeit!)

– Hören Sie mir zu, damit Sie es dieses Mal verstehen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ich verstehe das!)

Man kann einen Haushaltsplan natürlich nicht so exakt aufstellen, dass die Ausgaben am Ende auf den Cent genau dem Plan entsprechen. Wenn Sie einen Etat von über 4 Milliarden Euro haben und davon insgesamt 1 % übrig bleibt, sind das alleine 40 Millionen Euro. Die Restbeträge fließen in diesem Falle nicht, wie das bei allen anderen Haushaltstiteln üblich ist, in das Gesamtvolumen des Finanzministers zurück, sondern automatisch in die Platzinvestition.

Das ist ein Paradigmenwechsel. Ich hoffe, dass Sie das jetzt, nachdem ich es wohl ganz gut erklärt habe, auch verstanden haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist der erste Meilenstein

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist schon ein Meilenstein? Ach, komm!)

auf dem Weg in eine auf Dauer angelegte und von einzelnen Förderprogrammen unabhängige Landesförderung beim Platzausbau. Insgesamt stehen in Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 2019 nahezu 3,2 Milliarden Euro Landesmittel für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung.

Wir wollen mehr für junge Menschen und für die Familien in Nordrhein-Westfalen tun. Deshalb werden wir auch massiv in Prävention investieren. Auch die Familienzentren, die wir weiterentwickeln wollen, spielen für uns eine wichtige Rolle.

Wir müssen die vielfältigen Lebenslagen von Familien stärker in den Blick nehmen und Unterstützung zielgerichtet so leisten, dass sie auch dort ankommt, wo sie besonders gebraucht wird.

Dabei wollen wir unter anderem die Selbstbestimmung der Menschen bei ihrem individuellen Kinderwunsch stärken und den Zugang zur Reproduktionsmedizin für Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erleichtern. Hierfür stellen wir 2019 erstmalig Landesmittel in Höhe von zunächst rund 3,8 Millionen Euro bereit. Erste Anträge von Paaren können ab ca. Mitte 2019 gestellt werden. Es ist wichtig, dass wir damit ein lange vernachlässigtes Thema aufgreifen und Menschen neue Chancen bieten, gerade für eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Wichtig ist auch das Thema „LSBTI“. Dazu ist hier schon ausgeführt worden; ich muss das nicht alles wiederholen. Wir wollen mehr für die Gleichstellung und Akzeptanz von LSBTI-Menschen in Nordrhein-Westfalen tun. Liebe Kollegin Paul, ich freue mich darüber, dass es nicht nur eine Kontinuität gibt, sondern dass wir schlichtweg mehr tun als Rot-Grün.

(Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Nehmen Sie doch einfach einmal ein Lob an!)

Meine Damen und Herren, wir schaffen es, effizient zu haushalten und neue Projekte umzusetzen, die den Familien, Kindern und jungen Menschen bei uns im Land wirklich etwas bringen – im Gegensatz zur Vorgängerregierung auskömmlich finanziert.

Dazu gehört neben allem, was ich angesprochen habe, nicht zuletzt der Kinder- und Jugendförderplan, den wir nicht nur finanziell abgesichert haben, sondern bei dem wir durch die Dynamisierung auch Planungssicherheit geschaffen haben.

So geht Politik, die wirklich etwas bewirkt und konkrete Ergebnisse liefert. Das ist wirksame Politik für die Familien, Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen.

Abschließend sage ich noch einmal: Ich begrüße jede gute Anregung in den Beratungen im Ausschuss. Jede gute Debatte lohnt sich. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und danke Ihnen – auch der Opposition; natürlich auch Herrn Maelzer – für die Zusammenarbeit in diesem Jahr. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Nun habe noch eine Wortmeldung von Herrn Brockmeier für die FDP-Fraktion vermerkt. Bitte sehr.

Alexander Brockmeier (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Maelzer sagte vorhin, dass Herr Hafke nur seine Fünfminutenrede gehalten habe. Sie hätten besser auch nur fünf Minuten gesprochen. Denn Ihre Traumabewältigung gerade ist mit Worten wirklich nicht zu beschreiben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Offensichtlich haben Sie einfach noch nicht verkraftet, dass Sie nach sieben Jahren einen Scherbenhaufen hinterlassen haben.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Oh! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Die Rede von Herrn Hafke zu kopieren, bringt jetzt auch nicht viel! Westentaschen-Hafke!)

Mit Ihrem Zollstock da vorne haben Sie jetzt den Tiefpunkt erreicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ihre Traumabewältigung geht sogar so weit, dass Sie vergessen haben, dass der Ausschuss kein Kita-Ausschuss ist, sondern dass es dort neben „Kita“ auch noch andere Themen gibt, nämlich „Jugend“ und „Familie“. Das vergessen Sie in den Ausschusssitzungen regelmäßig.

Gerade das Thema „Jugend“ hat noch einmal einen besonderen Stellenwert. Angesichts von Brexit und Trump muss man der Jugend besondere Aufmerksamkeit schenken. Denn die Zeiten sind andere geworden. Die Lebenswelten von Jugendlichen haben sich durch Digitalisierung, schnelllebigere Umstände und die Verzahnung von Schule und Alltag verändert. Darauf brauchen wir Antworten. Jugendarbeit findet nämlich nicht nur im Klassenzimmer statt.

Die Landesregierung ist hier tätig geworden. Mit dem Kinder- und Jugendförderplan aus dem vergangenen Jahr haben wir – die gesamte Community bestätigt dies – Planungssicherheit geschaffen. Herr Dr. Stamp hat das gerade schon ausgeführt.

In diesem Zusammenhang ist das Jahr 2019 ein ganz besonderes Jahr. Es wurde immer eine Dynamisierung des Plans dahin gehend gefordert, dass der Aufwuchs sich entsprechend der Tarifsteigerung entwickelt und an einem Warenkorbindex orientiert. Das geschieht jetzt erstmalig. Dadurch entsteht Planungssicherheit.

Der Plan wächst um den Faktor 2 % auf 122,5 Millionen Euro an. Das sorgt dafür, dass tatsächlich Arbeit vor Ort geleistet werden kann und sich nicht jeder in der offenen Jugendarbeit Sorgen machen muss, wo er im nächsten Jahr tätig sein wird.

Daneben gibt es in der Jugendarbeit noch andere Herausforderungen, beispielsweise beim offenen Ganztag, insbesondere im Primarbereich. Auch diese Herausforderungen gehen wir endlich an.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Was?)

Die Vorgängerregierung mit Frau Kampmann und Frau Löhrmann hat es nicht geschafft, dass Jugendarbeit und Schule auf Augenhöhe agieren. Wir sorgen dafür, dass die Träger endlich zusammenarbeiten und die verschiedenen Partner verzahnt werden.

(Beifall von der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Was haben Sie denn da gemacht?)

Beispielsweise gibt es einen Mittelaufwuchs von 20 %. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen. Wir haben im letzten Jahr 8.000 und in diesem Jahr 7.500 OGS-Plätze mehr geschaffen.

Ich spreche das ganz bewusst hier und nicht bei der Debatte zum Schulhaushalt an, weil ich glaube, dass Jugendarbeit und Schularbeit zusammengehören. Deswegen hat es hier auch einen entsprechenden Stellenwert verdient.

(Beifall von der FDP)

Daneben ist auch die Jugendbeteiligung ein großes Projekt, das wir nicht aus den Augen verlieren sollten. Wie ich eingangs gesagt habe, müssen wir in Zeiten von Trump und Brexit junge Menschen aktiv mit in die Politik einbinden.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Alle Jugendverbände sagen Ihnen, dass das, was Sie da vorhaben, Mumpitz ist!)

Wir arbeiten in dieser Sache über die Fraktionsgrenzen hinweg zusammen. Ich freue mich darauf, im kommenden Jahr zu schauen, wie man junge Menschen auf kommunaler Ebene, aber auch auf Landesebene in Politik einbinden kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Brockmeier. – Damit sind wir am Ende der Beratung zum Einzelplan 07 Teil a), Kinder, Familie und Jugend.

Ich rufe nun auf:

b) Flüchtlinge und Integration

Hierzu hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Yetim das Wort. Bitte schön.

Ibrahim Yetim (SPD): Danke. – Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich habe der Debatte zu den Einzelplänen gelauscht. Bei jedem Einzelplan wurde gesagt, die sieben Jahre unter Rot-Grün seien schlimm und verheerend für dieses Land gewesen.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wenn Sie es schon selber sagen!)

Umso freudiger ist meine Erwartung hinsichtlich dessen, was gleich kommt. Wenn man in den Etat für den Bereich Integration schaut, wird man feststellen, dass viele rot-grüne Konzepte aufrechterhalten werden. Alles, was wir unter Rot-Grün gemacht haben – zum Beispiel die kommunalen Integrationszentren und die Programme KOMM-AN und „Einwanderung

gestalten NRW“ –, wird von der Mitte-rechts-Koalition fortgeführt. Deshalb bin ich sehr gespannt auf das, was die Redner von der Mitte-rechts-Koalition dazu ausführen werden.

Woran liegt es eigentlich, dass unsere Programme und Konzepte fortgeführt werden? Die Mitte-rechts-Koalition hat offensichtlich erkannt, dass unsere Ideen gut waren und weitergeführt werden müssen. Ich glaube aber auch, dass Mitte-rechts keine eigenen Ideen hat.

Das kann man auch sehr gut an der Finanzierung der Integrationsarbeit in den Kommunen sehen. Vor der Landtagswahl im vergangenen Jahr gab es die Idee von CDU und FDP, dass die Integrationspauschale vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden sollte. Mysteriöserweise konnte sich nach der Wahl niemand mehr daran erinnern. Erst der Druck von der Opposition aus diesem Haus, von den Kommunen und von der Öffentlichkeit hat Sie wieder daran erinnert.

Nachdem Sie diesem Druck nicht mehr standhalten konnten oder es auch eingesehen haben, stehen Sie endlich wieder hinter der Idee, die Integrationspauschale an die Kommunen weiterzuleiten. Unser diesbezüglicher Antrag im Integrationsausschuss wurde übrigens noch abgelehnt.

Wir erinnern Sie auch sehr gerne an weitere Vorhaben, die Sie in Ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hatten. Unter anderem hatten Sie angekündigt, dass mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst arbeiten sollen, dass Sie ein Schulrecht für Flüchtlinge bis zum 25. Lebensjahr aufbauen wollen und dass Sie den islamischen Religionsunterricht ausbauen wollen. Von diesen Ideen höre ich nichts mehr, Herr Minister Stamp. Ich glaube, Sie haben sie vergessen.

(Minister Dr. Joachim Stamp schüttelt den Kopf.)

Meiner Ansicht nach wäre es nötig, dass wir jetzt wirklich ein paar Initiativen von Ihnen erleben. Ich erinnere daran, dass Rot-Grün im Oktober vergangenen Jahres den Antrag gestellt hat, den Integrationsplan auszubauen und fortzuführen. Von Mitte-rechts hieß es damals, dass man an einer Integrationsoffensive arbeite. Das war im Oktober 2017. Mittlerweile sind wir fast im Dezember 2018 und haben noch nichts dazu auf dem Tisch, was eine Integrationsoffensive eigentlich sein soll. Wie wollen wir die Integrationspolitik in diesem Land voranbringen?

Was setzen Sie stattdessen um? Oder besser gesagt: Was setzen Sie nicht um? Wir haben beispielsweise massive Probleme mit der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Auch Sie wissen, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden.

Anstatt in dieser Hinsicht etwas voranzubringen, um Diskriminierung abzuschaffen, schaffen Sie die anonymisierte Bewerbung ab und setzen keine Alternative dagegen. Wir reden doch darüber, dass wir Menschen mit Migrationshintergrund fördern und integrieren wollen und dass wir all die Hemmnisse, die diese Menschen erfahren, gemeinsam abbauen müssen. Insofern bin ein wenig enttäuscht darüber, dass von Ihnen dazu nichts kommt.

Das Einzige, was ich dazu höre, ist – Sie haben das direkt nach der Landtagswahl angesprochen –, dass Sie die Namensänderung vereinfachen wollen. Sie haben groß angekündigt, dieses Thema in die Debatte einbringen zu wollen. Aber auch da ist bisher noch nichts geschehen. Ich glaube, dass es auch der falsche Weg wäre, zu fordern, dass die Menschen ihre Herkunft verleugnen. Das kann nicht der Weg sein, den Nordrhein-Westfalen in der Integrationspolitik gehen muss.

Auch zum Bereich der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt oder in der Schule, wozu es Aktuelle Studien gibt, finden sich keinerlei Aktionen und Initiativen in diesem Haushalt. Sie beschäftigen sich stattdessen seit Monaten mit der Abschaffung der Integrationsräte. Es ist schon erschreckend: Das Integrationsministerium will die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund abschaffen.

Das allein ist schon erschreckend genug. Aber noch erschreckender ist, dass der Minister es wahrscheinlich selber gar nicht will, sondern nur seine Staatssekretärin deckt, die die Integrationsräte öffentlich als „Kaffeekränzchen“ bezeichnet

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz
[GRÜNE])

und ihre persönliche Abneigung gegen den Landesintegrationsrat zum Regierungshandeln macht.

(Zuruf von der CDU)

Aus dem federführenden Ministerium ist dazu nichts zu hören. Ich habe die Hoffnung, dass Frau Ministerin Scharrenbach sich an dieser Stelle durchsetzt und es nicht zulässt.

Was gab es in der Integrationspolitik noch? Eine Debatte um ein Kopftuchverbot, die aber versandet ist, weil alle Experten – die Lehrerinnen und Lehrer und auch die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindergärten – gesagt haben, dass überhaupt kein Problem besteht. Zwar haben Sie gesagt, dass Sie eine Initiative dazu starten wollen, um es zu verbieten. Aber es ist Ihnen nicht gelungen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, Sie haben die Redezeit im Blick?

Ibrahim Yetim (SPD): Ja, ich komme gleich zum Ende.

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke.

Ibrahim Yetim (SPD): In der Flüchtlingspolitik wollten Sie, getrieben durch die „Bild“-Zeitung, Abschiebungen durchführen. Das Beispiel „Sami A.“ wurde vorhin schon angesprochen. Da haben Sie sich meiner Meinung nach den Rechtsstaat gebeugt. Der Kollege Engstfeld hat vorhin ausgeführt, dass das ein rechtswidriges Verhalten war. Gerichte haben dies auch bestätigt.

Ich glaube, dass wir in der Integrationspolitik nach 18 Monaten Mitte-rechts-Koalition leider keinerlei Weg und Initiative haben. Wir wissen nicht, wohin es gehen soll. Deswegen halte ich es für richtig, dass wir diesen Haushalt ablehnen. Denn er fördert nicht den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, sondern er stellt eher einen Hemmschuh für die Integrationspolitik dar. Aber vielleicht hören wir ja gleich etwas zu ein paar Initiativen von Ihnen, Herr Minister Stamp. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Eigentlich ist es noch zu früh für vorweihnachtliche Großzügigkeit. Aber ich lasse es einmal so stehen. – Die nächste Rednerin ist Frau Wermer für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Yetim, es ist zwar schön, dass Sie in einem Jahresrückblick dargestellt haben, was wir geleistet haben. Ich hätte aber gerade von Ihnen als Opposition erwartet, dass Sie auch mit konstruktiven Vorschlägen für das nächste Jahr um die Ecke kommen. Das haben Sie vermissen lassen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Ibrahim Yetim [SPD]: Die haben Sie ja abgelehnt!)

Wir alle sind der Meinung und wissen: Integration beginnt vor Ort bei den Kommunen. Deshalb freut es mich, zu sagen, dass wir mit dem Einzelplan 07 finanzielle Erleichterungen für die Integration vor Ort und in den Kommunen schaffen. Ich möchte Ihnen exemplarisch drei Punkte nennen.

Erstens. Schon in diesem Jahr war es uns möglich, anteilig 100 Millionen Euro der Integrationspauschale des Bundes an die Kommunen weiterzuleiten. Diesen Schritt gehen wir nun konsequent weiter und halten unser Versprechen aus dem Wahlkampf ein. Wir leiten die Integrationspauschale eins zu eins weiter.

(Beifall von der CDU und Stefan Lenzen [FDP] – Ibrahim Yetim [SPD]: Endlich!)

432,8 Millionen Euro fließen an unsere Kommunen vor Ort. Damit auch in Zukunft diese Unterstützung vom Bund fließt, wollen wir uns auf Bundesebene auch für die kommenden Jahre für die Integrationspauschale einsetzen.

Zweitens. Mit dem angestrebten Asyl-Stufenplan sehen wir eine weitere Entlastung für die Kommunen vor. Von Bürgern, Kommunalpolitikern und Ehrenamtlichen hören wir häufig, wir sollten uns mit den Integrationsmaßnahmen bitte auf diejenigen konzentrieren, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Mostofizadeh?

Heike Wermer (CDU): Im Anschluss.

Vizepräsident Oliver Keymis: Im Anschluss. Okay.

Heike Wermer (CDU): Wir wollen dem nachkommen. Deshalb beraten wir aktuell im Integrationsausschuss § 47 Abs. 1b des Asylgesetzes. Wir wollen den Kommunen in Zukunft möglichst nur anerkannte Asylbewerber zuweisen. Abgelehnte Asylbewerber sollen, soweit rechtlich und tatsächlich möglich, bis zu ihrer Ausreise in den Landeseinrichtungen verweilen.

Deshalb wollen wir die Aufenthaltszeit in Landeseinrichtungen auf bis zu 24 Monate erweitern. In dieser Zeit wollen wir die Personen, deren Asylanträge abgelehnt worden sind, aus den Einrichtungen heraus in ihr jeweiliges Heimatland zurückführen. Grundsätzlich forcieren wir beschleunigte Verfahren, insbesondere für den Westbalkan und für Georgien.

In diesem Jahr haben wir in jedem Regierungsbezirk eine Zentrale Ausländerbehörde errichtet, die die Kommunen vor Ort bei Abschiebungen unterstützen soll – zum Beispiel bei Passersatzbeschaffungsmaßnahmen. Insgesamt sind wir auf einem guten Weg, viele Zuständigkeiten der Rückführung auf Landesebene zu zentralisieren. Um diesem kurz skizzierten Asyl-Stufenplan gerecht zu werden und ihn umsetzen zu können, haben wir 100 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Drittens. Wir setzen verstärkt auf die freiwillige Rückreise von negativ beschiedenen Asylbewerbern und haben zu diesem Zweck die Mittel um 3,7 Millionen Euro aufgestockt.

Im vergangenen Jahr war ein vermeintlich großer Kritikpunkt der Opposition die soziale Beratung von

Flüchtlings. Die Zahlen aus 2017 belegen, dass die eingestellten Mittel in Höhe von 25 Millionen Euro ausreichen. Es freut mich aber, dass die Landesregierung mit einer Verpflichtungsermächtigung die Mittel bis 2020 verstetigt. Damit senden wir ein klares Signal der Verlässlichkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Genau diese Verlässlichkeit zeigen wir auch bei der Integration in unsere Gesellschaft. Deshalb führen wir das Projekt KOMM-AN NRW fort, welches für die ehrenamtliche Begleitung von Flüchtlingen gedacht ist. Wir haben aber auch insgesamt die Gruppe der Zugewanderten im Blick und wollen, dass am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses im besten Fall die Einbürgerung steht.

Daher widmet sich die Werbekampagne, die noch in diesem Jahr startet, den Themen Einbürgerung, Integrationsvorbilder, interkulturelle Öffnung im öffentlichen Dienst und Wertedebatte. Auch im nächsten Jahr wird sie mit 800.000 Euro weiter fortgeführt.

Insbesondere freue ich mich, dass wir uns im kommenden Jahr stärker dem interreligiösen Dialog widmen können. Wir haben zum Haushalt einen Antrag für eine Koordinierungsstelle eingebracht, die sich um die Nachhaltigkeit und Kooperation mit den Muslimen in NRW kümmern soll. Die zwei geplanten Stellen sollen dafür sorgen, dass das Netzwerk zu islamischen Moscheegemeinden – ob groß, ob klein – unabhängig von den großen und bekannten Verbänden aufgebaut und verstetigt wird. Denn die meisten Muslime gehören keinem der größeren Verbände an. Aber es wird Zeit, dass wir auch diese berücksichtigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt schauen wir großzügig auf die Uhr und sagen: ganz schnell noch die Zwischenfrage, die fast schon eine Schlussfrage ist. Sie haben dann noch die Möglichkeit, schnell zu antworten. – Bitte schön, Herr Mostofizadeh. Sie hatten eine Zwischenfrage angemeldet. Die Kollegin möchte sie noch zulassen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Frau Kollegin Wermer, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. Ich habe mir jetzt noch einmal den Veränderungsnachweis vom Haushalts- und Finanzausschuss von letzter Woche rausgesucht. Da steht, dass im Bereich der Ausgaben nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz 332 Millionen Euro nach den Anträgen von FDP und CDU gekürzt werden.

Das ist nach meinem Dafürhalten exakt die Summe, die Sie bei der Integrationspauschale draufpacken.

Das heißt, auf der einen Seite packen Sie 332 Millionen Euro bei der Integration drauf; beim Flüchtlingsaufnahmegesetz ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Die Frage!

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): – Ich muss es nur erklären, Herr Präsident. – ... nehmen Sie es dann weg. Deswegen die präzise Frage: Kann ich nicht rechnen? Oder ist das linke Tasche/rechte Tasche?

Heike Wermer (CDU): Herr Mostofizadeh, ich bekomme gerade von links und von rechts mehrmals Zurufe, dass Sie vielleicht nicht rechnen können. Das will ich aber Ihnen überlassen. Ansonsten: Uns ist ein solider Haushalt wichtig, und deshalb stellen wir auch passende Rechnungen auf.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie haben keine Ahnung!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Wermer. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Aymaz.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Herr Minister Stamp, eines muss man Ihnen zugestehen, nämlich dass Sie offensichtlich die Bedeutung erfolgreicher Integrationsprojekte und Strukturen aus unserer Regierungszeit anerkennen und diese auch weiter fortsetzen.

Besonders erfreulich ist gerade im Hinblick auf die sehr unglücklich verlaufene Haushaltsberatung im letzten Jahr, die zu großen Verunsicherungen bei den Trägern der sozialen Beratung von Geflüchteten geführt haben, dass Sie nun die Mittel von 25 Millionen Euro mit einer Verpflichtungsermächtigung auch für das Jahr 2020 verstetigen.

Herr Minister Stamp, zu Beginn Ihrer Amtszeit – es sind inzwischen gut eineinhalb Jahre her – haben Sie angekündigt, eine Integrationspolitik zu führen, wie es sie noch nie gegeben habe. Bei allem Respekt für die Anerkennung der Maßnahmen aus grüner Regierungszeit frage ich mich, wenn ich mir Ihren Haushaltsentwurf anschau, wo denn nun die groß angekündigte neue Linie bleibt.

Das einzig Neue, das mir ins Auge sticht, ist eine Kampagne, in der durch Vorbilder die erfolgreichen Integrationsgeschichten bzw. die erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft von NRW dargestellt werden sollen. Diese Aktion mag ja nett und schön sein, aber Politik sollte doch mehr bieten als nur PR und Inszenierung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade in einer Zeit von erstarkendem Rechtspopulismus und Rassismus, die tagtäglich unsere offene und bunte Gesellschaft angreifen, reicht es nicht, nur die erfolgreichen Integrationsgeschichten darzustellen, sondern jetzt kommt es erst recht darauf an, eine emanzipatorische und demokratische Einwanderungsgesellschaft innovativ, nachhaltig und mit Weitblick zu gestalten.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren haben Sie, Herr Minister Stamp, dafür die allerbesten Rahmenbedingungen. Die Zuzugszahlen von Neueinwanderern sind deutlich gesunken, und der Landeshaushalt ist aufgrund sprudelnder Steuereinnahmen extrem gut ausgestattet.

Während Sie im Integrationsausschuss noch ankündigten, für jeden einzelnen Menschen verbindliche und verlässliche Integrationschancen bieten zu wollen, sehen Sie Ihre eigentliche Herausforderung wohl darin, das Landesaufnahmesystem für Geflüchtete komplett umzustellen und Menschen bis zu 24 Monate ohne Integrationsangebote, ohne Zugang zu Bildung und Arbeit und gesellschaftlicher Partizipation in den Landeseinrichtungen zu kasernieren.

Dabei warnen Expertinnen und Experten doch eindringlich vor den gravierenden Folgen, die die Integration von Geflüchteten konterkarieren und Kommunen mit erheblichen Folgekosten belasten. Obwohl im Bund wie auch im Land NRW die Anzahl freiwilliger Rückkehrer zurückgegangen ist – die Gründe hierfür sind vielschichtig, liegen sehr oft auch in der Situation in den Herkunftsländern –, stocken Sie ausgerechnet in dem Bereich die Mittel auf.

Obwohl der Titel „Rückführung und Rückführungsbegleitung“ 2017 und auch 2016 nicht annähernd ausgeschöpft wurde, wird jetzt von über 12 Millionen Euro mehr im Vergleich zur Verausgabung im Jahre 2017 ausgegangen. Wie passt das denn zu Ihrer Ankündigung, Menschen, die hierherkommen, unabhängig davon, welche Bleibeperspektive sie haben, eine Chance zu bieten?

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier wird doch ganz klar ein Zeichen gesetzt – ein Zeichen der Abschottung und auch der Abschiebung statt einer Willkommens- und Integrationspolitik.

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der mir in zahlreichen Gesprächen mit Akteuren aus der Flüchtlings- und Integrationsarbeit begegnet ist. Es geht um die hohe Anzahl von traumatisierten Geflüchteten, in der Regel bedingt durch Krieg, Verfolgung, Erlebnisse auf der Flucht und nicht zuletzt auch durch die ungünstigen Bedingungen in den Unterbringungseinrichtungen.

Die Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge sehen sich mit einem enorm steigenden Beratungsbedarf

konfrontiert. Hier werden dringend zusätzliche personelle Kapazitäten benötigt. Denn je frühzeitiger Traumata und psychische Erkrankungen erkannt und behandelt werden, desto erfolgreicher kann die Integration verlaufen. Hier ist vorausschauende Politik gefragt, die auch Problemlagen zügig erkennt und nicht ausblendet. Daher fordern wir eine Erhöhung der Mittel für die Psychosozialen Zentren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie sehen allein schon an den in der kurzen Zeit vorgebrachten Beispielen: Die groß angekündigte Integrationsoffensive, die Herausforderungen erkennt, langfristig angelegte Konzepte formuliert und sich klar gegen den populistischen Rechtsruck wendet und NRW weiter als ein Einwanderungsland voranbringt, bleibt leider auch 2019 aus. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Aymaz. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Lenzen.

Stefan Lenzen (FDP): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen Aymaz und Yetim werden bestimmt jetzt zuhören, damit ich noch einmal klarmachen kann, was wir nicht nur anders, sondern auch besser machen als Rot-Grün. Den einen oder anderen neuen Aspekt hat auch schon die Kollegin Wermer ausgeführt. Ich weiß, jetzt habe ich die volle Aufmerksamkeit; ich habe es mitbekommen.

Kommen wir zu Punkt eins, zur Integrationspauschale: Wo machen wir es anders oder sogar besser als Rot-Grün? – Was haben Sie in 2016 weitergegeben an die Kommunen? – Nichts. 2017? – Nichts. In der Finanzplanung mittelfristig? – Nichts. Also dreimal eine Null. Ich dachte, bei einer Doppelnull hört man auf. Aber gut, so haben Sie es konsequent vollzogen.

Was machen wir da anders und besser? – Wir haben angefangen, die Trendwende einzuläuten, erst mit 100 Millionen Euro und für 2019 mit den vollen 432,8 Millionen Euro zur Unterstützung der Integrationsarbeit unserer Kommunen, von denen letztendlich die Integrationsarbeit geleistet wird. Das war Punkt eins.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stefan Lenzen (FDP): Gerne später.

Vizepräsident Oliver Keymis: Später? Gar nicht also.

Stefan Lenzen (FDP): Punkt zwei – wir haben es eben gehört – ist die Umsetzung des Asylstufenplans der Landesregierung. Auch an dieser Stelle wollen wir die Kommunen entlasten, indem wir Menschen, die über keine gute Bleibeperspektive verfügen, länger in den Landeseinrichtungen belassen, sodass sich die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, und die Kommunen vor Ort auf diejenigen mit guter Bleibeperspektive konzentrieren können. Auch das ist ein klarer Unterschied zu Rot-Grün.

Sie hätten auch dem Haushaltsplanentwurf entnehmen können, dass 18,5 Millionen Euro zusätzlich für die Betreuung und Verpflegung der Bewohner der Landeseinrichtungen vorgesehen sind. Genauso hätten Sie mitbekommen können, dass im Haushalts- und Finanzausschuss inzwischen weitere 100 Millionen Euro beschlossen worden sind zur Unterstützung des Kapitels „Asyl“, womit wir diesen Stufenplan konsequent umsetzen können.

Wir wollen die Betreuung in den Landeseinrichtungen verbessern. Diese Mittel können wir zum Beispiel einsetzen für bauliche Maßnahmen, für Bildungs- und Freizeitangebote – nur um ein paar Beispiele zu nennen.

Zu einer geordneten Migrationspolitik gehört eben auch die Durchsetzung der Ausreisepflicht. Da richte ich mich gerne an die Kollegen der Grünen. Ich glaube, die Kollegen der Sozialdemokraten – so habe ich den Kollegen Yetim oft genug verstanden – hätten da in der Vergangenheit gerne mehr getan, wenn sie denn gedurft hätten. Aber mit den Grünen ist ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäter und Gefährder nicht zu machen.

Genau dort besteht ein klarer Unterschied zwischen dieser NRW-Koalition und Rot-Grün in der Vergangenheit. Wir setzen ein klares Zeichen und zeigen Härte gegen Straftäter und Gefährder. Das sind nämlich auch diejenigen, die sich gar nicht integrieren wollen. Das ist ein klarer Unterschied.

(Beifall von der FDP und der CDU)

So stellen wir 12,6 Millionen Euro zusätzlich für den Ausbau der Zentralen Ausländerbehörden in allen fünf Regierungsbezirken zur Verfügung. Wir erhöhen die Mittel für die Rückkehrberatung, für die Projekte der freiwilligen Rückkehr, um 3,7 Millionen Euro. Beim Thema „Rückführung“ – ob zwangsweise oder durch freiwillige Ausreise – war offenkundig, wo die Grünen kürzen und definitiv gar nicht tätig werden wollten. Da sind sie sich treu geblieben. Ich denke, da wird auch in Zukunft keine Trendwende mit den Grünen möglich sein. Sie wollen es einfach nicht.

Wir dagegen setzen bei Straftätern und Gefährdern auf der einen Seite eine klare Kante genauso durch,

wie wir auf der anderen Seite den jungen Geflüchteten mehr Bleibperspektive geben möchten.

(Beifall von der FDP)

Das ist ein weiterer Unterschied zwischen der jetzigen Regierung und Rot-Grün.

Ein weiterer Punkt – dafür ist ein neuer Haushaltstitel eingerichtet worden, den Sie sich gerne anschauen können – sind die Mittel zur Überwachung ausländischer Gefährder mit einer elektronischen Fußfessel.

Zu einer konsequenten Politik – dazu stehen wir als NRW-Koalition – gehört auch die Förderung der Integration in Arbeit und Ausbildung. Dazu werden wir morgen noch mehr hören bei der Debatte zum Einzelplan 11. Wir stellen dort 50 Millionen Euro für die Qualifizierung junger Geflüchteter zur Verfügung.

Es geht darum, wie wir den Übergang in Ausbildung und Arbeit noch besser schaffen. Wie können wir die Verfahren bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen verbessern? Wie werden wir da schneller? Es ist auch wichtig, diesen Weg in den Arbeitsmarkt allen Menschen zu eröffnen und eine Chance auf wirkliche gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Neben den Unterschieden, die ich auf Wunsch der Opposition aufzeige, ist es mir zum Schluss wichtig, noch auf einen Antrag einzugehen, mit dem wir einen Meilenstein setzen. Wir richten eine dauerhafte Koordinierungsstelle ein, um den Dialog mit den Muslimen in NRW zu verbessern. Wir brauchen da eine arbeitsfähige Organisationsstruktur mit einer klaren Neuausrichtung.

Wie können wir mit den Verbänden gerade beim organisierten Islam die Zusammenarbeit einleiten und verbessern? Wie können wir auch die liberalen und weltoffenen Muslime in einen innermuslimischen Aushandlungsprozess stärker einbinden und mit ihnen in den Dialog treten, um die Lebenswirklichkeit der Muslime besser in den Blick zu nehmen und das Zugehörigkeitsgefühl zu NRW zu stärken?

Es ist mir eine besondere Freude, dass CDU und FDP gemeinsam mit dem Integrationsminister Joachim Stamp diese Koordinierungsstelle auf den Weg bringen werden. Dann haben wir eine unabhängige Stelle, auf deren Grundlage wir diesen Dialog aufbauen und ihn intensivieren können. Das wäre dann auch eine Möglichkeit für eine gelebte Integration von Muslimen in unserem Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lenzen. – Als Nächstes spricht für die AfD-Fraktion Frau Walger-Demolsky.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Man kann es Ihnen nicht oft genug sagen, daher einfach noch einmal in Anlehnung an den Ökonomen Milton Friedman: Man kann offene Grenzen haben oder einen Sozialstaat; aber beides zusammen geht auf Dauer nicht.

Unser Kollege im Bundestag Gottfried Curio nennt die Flüchtlingskrise ein Fass ohne Boden, und er hat ganz offensichtlich recht: eine Krise, die wir noch Jahrzehnte in unserem Haushalt finden werden, eine Krise, die ihren vorläufigen Höhepunkt 2015/2016 erlebte – einen Höhepunkt, der nicht der letzte bleiben wird. In Marrakesch wird unsere Bundesregierung mit ihrer Zustimmung zum UN-Migrationspakt die Grundlage für weitere Höhepunkte schaffen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah!)

Zusammen mit dem Flüchtlingspakt sind wir seit Mitte dieses Monats in New York bedauerlicherweise schon einen Schritt weitergekommen.

Integration soll sich an die wenden, die zum Beispiel aus Europa, aber natürlich auch aus außereuropäischen Ländern zu uns kommen, weil sie direkt und auf Dauer in unseren Arbeitsmarkt eintreten, oder auch an die, die aufgrund eines entsprechenden Asylbescheids sehr lange oder sogar dauerhaft bei uns bleiben werden.

Wie sehr die Integration der letzten Jahrzehnte gescheitert ist, erfahren wir regelmäßig, wenn hochrangige türkische Politiker ihre in der Diaspora lebenden Bürger bei uns besuchen. In diesem Zusammenhang sollte Ihnen deutlich werden, wie integrationshemmend sich die doppelte Staatsbürgerschaft auswirkt.

Und was plant das Integrationsministerium? – Eine Einbürgerungskampagne auf der Basis der doppelten Staatsbürgerschaft statt einer Kampagne für eine deutsche Leitkultur und eine Kampagne für unsere Werte, die wir in höchstem Maße als gefährdet ansehen.

Integration in vollem Umfang hat sich selbstverständlich keinesfalls an die zu richten, die nur vorübergehend bleiben, oder die, die eigentlich längst ausreisepflichtig sind.

Wo finden wir die Ausgaben für Flüchtlinge und Integration? – Im Haushaltsplan 07 finden wir nur einen Teil dessen, was mein Kollege Curio als Fass ohne Boden bezeichnet hat. Flüchtlings- und Integrationskosten finden sich in Wahrheit ebenfalls in den Haushalten für Schule und Bildung, Arbeit und Soziales, Kultur, Familie, Kinder und Jugend und last but not least natürlich auch im Haushalt der Justiz und im Haushalt für die innere Sicherheit.

Was an der Aufteilung des Einzelplans 07 für uns besonders auffällig ist, ist die Tatsache, dass bei der Position der Landesmaßnahmen für Asylbewerber

und Bürgerkriegsflüchtlinge, die immerhin stolze 1,7 Milliarden Euro umfasst, gerade mal 1 % für die Rückführung und deren Begleitung und des Weiteren 1 % für Rückkehrprojekte geplant sind. Tatsächlich sind gleichzeitig 17 % der in NRW lebenden Flüchtlinge ausreisepflichtig. Da liegt es auf der Hand, dass diese Diskrepanz nicht zu sinnvollen Ergebnissen führen kann –

(Beifall von der AfD)

und das, obwohl Sie, verehrte Kollegen und Kolleginnen von der CDU und der FDP, im Wahlkampf versprochen haben, genau diesem Teil unseres Asylrechts wieder eine größere Bedeutung geben zu wollen. In Summe nur 2 % der Ausgaben dafür zu planen, lässt erkennen, wie Sie Ihren Wählern Sand in die Augen gestreut haben.

Tatsächlich planen Sie offensichtlich nach wie vor einen neuen Anstieg der Migrantenzahlen. Die aktuell vollkommen überdimensionierte und kostenintensive Landesersteinrichtung in Bochum spricht Bände. Aber wenn der UN-Migrationspakt und der UN-Flüchtlingspakt erst einmal in New York unterschrieben sind, wird es sicher wieder mit der unkontrollierten Einwanderung bergauf gehen – einer Einwanderung in unsere Sozialsysteme dank ungesicherter EU-Außengrenzen und dank fehlender Einreisekontrollen

(Zurufe von den GRÜNEN)

an deutschen Grenzen, auch hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der AfD)

Organisatorisch sind durchaus Verbesserungen erkennbar. Aber durch die Aufteilung der Ausgaben auf viele Ressorts sind die Kosten für Flüchtlinge und Integration nicht transparent, und allein schon daher ist der Haushalt nicht zustimmungsfähig.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich beginne, darf ich als Kinderminister sagen, dass ich mich freue,

(Auf der Tribüne sitzt eine Frau mit einem Baby.)

dass wir einen kleinen neuen Erdenmitbürger zu Besuch bei uns haben.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt spreche ich nicht als Kinder- und Familienminister, sondern als Flüchtlings- und Integrationsminister. Diese Landesregierung ist angetreten, um Ordnung in der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik zu schaffen und in der Integrationspolitik wieder Vorreiter und Vorbild in Deutschland zu werden. Dazu haben wir Umfassendes vor, und wir werden Ihnen auch an anderer Stelle noch einige Dinge präsentieren und vorstellen. Der vorliegende Haushalt wird uns diesem Ziel ein Stück näherbringen.

Dabei ist uns wichtig, das Ziel der Landesregierung deutlich zu machen, dass die Kommunen, die in der Flüchtlingskrise – das kann ich nicht oft genug betonen – Großartiges geleistet haben, auch entsprechend entlastet werden. Dieser Anspruch zieht sich wie ein roter Faden durch diesen Haushalt. Das gilt nicht nur für mein Haus, sondern auch für andere Ressorts. Erneut ist dies ein Haushalt ohne Leistungskürzungen, der das bereits erreichte hohe Niveau an Integrationsinfrastruktur erhält und weiterentwickelt.

Ja, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie und von Bündnis 90/Die Grünen, es sind auch Integrationsinfrastrukturmaßnahmen dabei, die Sie initiiert und die wir übernommen haben. Auch das macht eine kluge Politik aus: sich nach einem Regierungswechsel nicht von allem zu verabschieden, nur weil es vom politischen Mitbewerber gekommen ist. Es ist vielmehr entscheidend, ob etwas funktioniert oder nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

An der einen oder anderen Stelle haben wir erheblich mehr Geld in die Hand genommen. Wir erhöhen den Ansatz für die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge in unseren Landeseinrichtungen. Damit tragen wir den hohen Qualitätsstandards in unseren Landeseinrichtungen Rechnung. Wir sorgen dafür, dass der vom Kabinett am 24. April 2018 beschlossene Stufenplan zur Steuerung des Asylsystems sorgfältig umgesetzt wird, damit all das, was von der Opposition an Schreckensszenarien an die Wand geworfen worden ist, eben nicht eintritt.

Mit diesem Stufenplan verfolgen wir ganz wesentlich das Ziel, die Kommunen zu unterstützen und zu entlasten und dafür zu sorgen, dass sie sich weitgehend nur noch auf die Integration von Personen mit Bleiberecht konzentrieren können. Menschen ohne Bleiberecht will das Land direkt aus den Landeseinrichtungen schnell und konsequent zurückführen.

Da unterscheiden wir uns, Frau Kollegin Aymaz. Wir wollen keine ausgeprägte Willkommenskultur für Menschen aus sicheren Herkunftsländern, weil wir diese Menschen nicht zusätzlich einladen wollen. Das würde unser System letztendlich überfordern. Wir wollen denjenigen helfen, die unseren Schutz brauchen.

Ich glaube, es ist auch verlogen, wenn Herr Kretschmann auf der einen Seite von „wilden Männerhorden“ spricht, während auf der anderen Seite die Grünen ihre Zustimmung zur Erweiterung der Anzahl der sicheren Herkunftsländer verweigern. Beides kann man nicht gleichzeitig machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich sage an dieser Stelle, dass wir hier an einem sorgsamem Ausgleich interessiert sind. Möglicherweise wird es auch dazu im Bundesrat noch einmal zu entsprechenden Debatten kommen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass man hier auch einen Kompromiss findet. Das könnte eine gesonderte Rechtsberatung für die ganz kleine Gruppe derjenigen sein, die beispielsweise aus dem LSBTI-Bereich kommen bzw. als Journalisten oder Blogger in diesen Ländern Probleme haben, sodass sie auf jeden Fall hier einen sicheren Status bekommen. Grundsätzlich aber brauchen wir eine Beschleunigung in den Verfahren. Deswegen wäre es gut, wenn Sie Ihre Haltung hierzu überdenken würden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Beer?

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist ja mal ein Wort. Bitte schön, Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Können Sie mir erklären, welchen Wert die Ausweisung von sicheren Herkunftsländern hat, wenn es überhaupt keine hinreichenden Rückführungsabkommen gibt?

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Beer, vielen Dank für die Frage. Es ist so, dass die Bundesregierung nach wie vor nicht in ausreichendem Maße, wie es eigentlich notwendig wäre, mit den nordafrikanischen Ländern verhandelt hat. Das ist richtig. Ich kritisiere das Tag für Tag. Deshalb sage ich auch, dass wir dringend einen Migrationsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen brauchen, damit wir uns gemeinsam verabreden, wie wir hier zügig vorankommen.

Es ist aber auch so, dass wir aufgrund der Art und Weise, wie wir in unserem Haus Referate neu aufgestellt haben, auch im Bereich der Rückführung – was beispielsweise Marokko angeht – deutlich weitergekommen sind. Die alteingesessenen Maghrebiner hier in Düsseldorf sagen: Haltet uns diese Leute bitte vom Hals und seht zu, dass sie so schnell wie möglich wieder zurückgebracht werden!

Natürlich bringt da ein abgekürztes Verfahren bzw. eine Umkehr der Beweislast erhebliche Fortschritte im Verfahren. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Wenn dem nicht so wäre, würden Sie ja gar nicht Widerstand dagegen leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen, dass sich die Kommunen auf diejenigen konzentrieren können, die tatsächlich Bleiberecht haben. Außerdem werden wir die Integrationspauschale des Bundes im kommenden Jahr erstmals in voller Höhe an die Kommunen weitergeben. Das wird nicht über das FlüAG geschehen, sondern so, wie Sie das auch in diesem Jahr erlebt haben.

Während die rot-grüne Vorgängerregierung – in manchen Punkten wirkte sie ja wie Rot-Rot-Grün –, während also die rot-grüne Regierung dieses Geld im Landeshaushalt hat versickern lassen, haben wir schon im laufenden Jahr erstmals 100 Millionen Euro an die Kommunen weitergeleitet. In 2019 werden es 432,8 Millionen Euro sein, die der Bund explizit für eine Aufteilung zwischen Land und Kommunen vorgesehen hatte. Es hätte sich keiner beschweren können, wenn wir es hälftig verteilt hätten. Wir haben gesagt, dass wir die Leistung der Kommunen im gesamten Bereich von Migration, Flüchtlingen und Integration anerkennen. Deswegen geben wir die Mittel vollständig an sie weiter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker?

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Nein.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Okay, machen wir.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten die Zwischenfrage doch zulassen. – Frau Düker, dann müssen Sie sich noch einmal eindrücken. Bitte schön.

Monika Düker (GRÜNE): Danke schön, Herr Minister, für das Zulassen der Zwischenfrage. Sie bezieht sich auf die Integrationspauschale. Ich hatte es gerade in meinem Statement zum Einzelplan 20 angesprochen. Wir haben noch immer keine Antwort auf unsere Frage dazu. Wenn Sie jetzt die gesamte Integrationspauschale von 432 Millionen Euro an die Kommunen weiterleiten, haben Sie mit der Ergänzungsvorlage als Regierung bereits 100 Millionen Euro weitergeleitet. Die Regierungsfractionen steuern jetzt nach und leiten die 332 Millionen Euro auch weiter.

Jetzt gibt es aber das Problem, dass sich in Bezug auf die 332 Millionen Euro in diesem Haushalt nur der lapidare Vermerk finden lässt: Das wird irgendwie im Bereich FlÜAG verrechnet. – Auf die Frage, wie das gedeckt ist, haben Sie in der Pressekonferenz gesagt, dass die Fraktionen die Deckung regeln.

Vizepräsident Oliver Keymis: Kollegin, stellen Sie bitte die Frage!

Monika Düker (GRÜNE): Ich sehe das nicht. Wo werden die 332 Millionen Euro in Ihrem Haushalt gedeckt?

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Die Verhandlungen mit dem Finanzminister waren hart. Es gibt auch noch etwas aus der Rücklage. Das ist unser Verhalten gegenüber den Kommunen. Wir halten im Gegensatz zu Rot-Grün Wort.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Herr Familienminister, das stimmt einfach nicht!)

So kann Integration flächendeckend gelingen, und so wird es den Kommunen ermöglicht, Flüchtlinge frühzeitig und nachhaltig zu integrieren, ohne andere wichtige gesellschafts- und sozialpolitische Themenfelder vernachlässigen zu müssen.

Wenn ich die FlÜAG- und die Integrationspauschale zusammenrechne, komme ich auf insgesamt fast 980 Millionen Euro. Auf der Grundlage dieser deutlich verbesserten Finanzausstattung der Kommunen können wir jetzt in Ruhe auch die Gespräche zum Abschlussgutachten der Ist-Kostenerhebung und zur Weiterentwicklung des FlÜAG führen. Dabei werden wir selbstverständlich auch die Kosten für die Geduldeten in die Gespräche einbeziehen. Das ist doch völlig klar. Es ist auch so mit den kommunalen Spitzenverbänden verabredet.

Wir werden uns darüber hinaus auch mit dem Bund weiterhin darüber unterhalten, wie es zu einer dauerhaften und angemessenen Kostenbeteiligung kommen kann. Denn eines ist nun auch klar: Bei der Frage, wer zu uns kommt oder wen wir zurückführen – Stichwort „fehlende Rückführungsabkommen“, das Sie vorhin angesprochen haben –, liegt die Verantwortung kaum beim Land oder gar bei der Kommune, sondern beim Bund. Deswegen muss sich der Bund auch an den Kosten beteiligen. Wir werden dann ein passendes Gesamtkonzept vorlegen.

Wenn wir mit den Kommunen insgesamt zu einer Verabredung kommen, werden Sie, Frau Aymaz, sehen, dass es auch in der Flüchtlings- und Integrationspolitik einen echten Paradigmenwechsel in diesem Land gibt. Nur können wir nicht in anderthalb

Jahren all das aufräumen, was Sie uns nach sieben Jahren hinterlassen haben. Das braucht ein bisschen Zeit; das muss solide und vernünftig vorverhandelt werden. Aber Sie können sich darauf verlassen, dass es kommt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich sehe jetzt noch Kurzinterventionen; außerdem ist meine Redezeit zu Ende. Ich dürfte als Landesregierung zwar noch etwas länger reden, möchte Sie aber nicht zu sehr strapazieren.

Allerdings möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich ausgesprochen froh bin – auch da hat es noch einmal Verschiebungen im Haushalt gegeben –, dass wir gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales 50 Millionen Euro für verbindliche Bildungsangebote für unter 27-Jährige auf den Weg bringen.

Ich freue mich auf die gemeinsame Federführung unserer beiden Häuser für eine interministerielle Arbeitsgruppe. Das wird ein sehr, sehr spannendes, gutes und wichtiges Projekt. Es ist entscheidend, dass diejenigen, die zu uns kommen, ausbildungsfähig werden, damit sie eine Ausbildung absolvieren und damit ein selbstbestimmter Teil unserer Gesellschaft werden können.

Ein Hinweis noch an Frau Walger-Demolsky: Die Schleife mit dem UN-Migrationspakt können Sie morgen in der Debatte gerne noch einmal drehen; da werden Sie das bestimmt wieder vortragen. Ich sage Ihnen: Das ist einfach Unfug.

(Markus Wagner [AfD]: Das ist Unfug!)

Ich finde es erschreckend, dass es mittlerweile – auch über WhatsApp und andere Medien – tatsächlich möglich ist, breite Teile der Bevölkerung mit gezielten Kampagnen derart zu verunsichern. Ich finde das ekelhaft!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Aber ich sage auch: Das ist erst der Anfang. Da wird noch Weiteres kommen. Das wird eine Herausforderung für die Demokratie.

(Zuruf von der AfD)

Wir als Demokraten werden stehen. Wir werden der Bevölkerung unsere Politik einfach besser erklären müssen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Bevor ich Frau Düker – die sich zu einer Kurzintervention gemeldet hat und sich bitte noch einmal eindrücken müsste – das Mikrofon freigebe, möchte ich erst noch darauf hinweisen, dass der Minister die Redezeit der Landesregierung um 4

Minuten 20 Sekunden überzogen hat, damit sich die anderen Fraktionen darauf einstellen können, falls es weiteren Redebedarf gibt. – Frau Düker hat jetzt die Gelegenheit zur Kurzintervention.

Monika Düker (GRÜNE): Danke schön. – Herr Minister, sorry – aber Sie haben meine Frage nicht beantwortet bzw. so beantwortet, dass sie weitere Fragen aufwirft.

Noch einmal der Sachstand: Sie haben in Ihrer Ergänzungsvorlage und im Haushalt 2019 ...

(Unruhe)

– Hören Sie mir doch einfach mal zu: Ihnen fehlen 332 Millionen Euro, und ich finde, dass Sie mir die Antwort schuldig sind, wo Sie diese hernehmen wollen. Sie haben 332 Millionen Euro von der Integrationspauschale in Ihrem Haushalt als Einnahme verbucht und auch verbraucht.

Wenn jetzt die Koalitionsfraktionen hingehen – ich kann Ihnen gerne Ihre Anträge vorlesen – und sagen, dass Sie anstatt 100 Millionen Euro 432 Millionen Euro an die Kommunen weitergeben und dabei auf den in Ihrem Haushalt ausgewiesenen Ansatz verweisen, dann heißt das übersetzt: Sie haben eine Lücke von 332,8 Millionen Euro, wenn man korrekt sein will.

Das bedeutet, dass Sie bereits verbuchte Einnahmen verlagert haben. Sie sagen aber nicht, wer diese Zeche zahlen soll. Deswegen frage ich noch einmal: Woher nehmen Sie das Geld? – Sie haben geantwortet: aus der Rücklage.

Jetzt kommt aber ein Problem, bei dem ich mich frage, wie Sie das rechnen wollen: Sie haben im Haushalt 2018 eine Rücklage von 365 Millionen Euro gebildet. Damit die ganzen Wohltaten gedeckt werden können, die Sie als Koalitionsfraktionen über das ganze Land verteilen, brauchen Sie schon 150 Millionen Euro aus der Rücklage. Das ist auch als Entnahme hier etatisiert. Das können Sie alles nachlesen. Da steht nichts von der Deckung mit der Integrationspauschale.

Wie kommen Sie jetzt zu diesem Verweis auf die Rücklage, der alles noch unklarer macht?

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Düker. – Ich gehe davon aus, Herr Minister, dass Sie vom Platz aus antworten werden ...

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Wie Sie möchten!)

– Nein, nein, wie Sie möchten, nicht wie ich möchte. Beides ist möglich. Sie haben sich eingedrückt, also schalte ich Ihnen das Mikrofon frei.

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Ich habe hohen Respekt vor diesem Hause; deswegen habe ich das so angeboten und gefragt, wie Sie das gerne haben möchten.

Frau Kollegin Düker, das ist doch gar kein Problem. Wir haben hier drei Lesungen, und Sie werden zur dritten Lesung dazu eine überzeugende Antwort von uns bekommen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aah! – Stefan Kämmerling [SPD]: Ungehörig! Das geht gar nicht! – Monika Düker [GRÜNE): Die Rücklagen werden nicht reichen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war die Antwort des Ministers auf die Kurzintervention. Gibt es den Wunsch nach weiteren Redebeiträgen? Die Redezeit ist ja vorhanden. – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Einzelplan 07.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wir stimmen jetzt erst über die beiden Teilbereiche des Einzelplan 07 ab und holen dann die Abstimmung über den Einzelplan 04 nach.

Einzelplan 07: Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4407, den Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Das umfasst die beiden Teilbereiche. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Beim fraktionslosen Abgeordneten Langguth.

Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit die Beschlussempfehlung angenommen und somit der **Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlussempfehlung angenommen.**

Wir holen jetzt die Abstimmung zum Einzelplan 04 nach. Das ist der Einzelplan des Ministeriums der Justiz. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4404, den Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Auch hier kommen wir damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Wer der Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Die Enthaltung ist